

Demokratische Republik Kongo: Aktuelle Entwicklungen

Update

Peter K. Meyer

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T ++41 31 370 75 75
F ++41 31 370 75 00

info@fluechtlingshilfe.ch
www.fluechtlingshilfe.ch

Bern, 6. Oktober 2011

PC-Konto
30-16741-4
Spendenkonto
PC 30-1085-7



Angaben zum Autor: Peter K. Meyer ist als freiberuflicher Trainer, Berater und Gutachter in den Bereichen Demokratisierung, konstruktive Konfliktbearbeitung und Friedensförderung tätig.

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7


AUTOR

Peter K. Meyer

SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

COPYRIGHT

© 2011  Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Politische Situation	2
2.1	Das Ende der Diktatur Mobutus und die Kongokriege	2
2.2	Die Wahlen 2006 und die Hoffnung auf Stabilität	3
2.3	Die politische Krise im Vorfeld der Wahlen 2011	4
3	Sicherheitslage	6
3.1	Allgemeine Sicherheitslage	6
3.2	Relative Sicherheit in Kinshasa und im Westen	7
3.3	Andauernde Gewalt im Osten des Landes	8
4	Das Justizsystem	11
4.1	Das Justizsystem in der DRK	11
4.2	Anhaltende Straflosigkeit	12
5	Allgemeine Menschenrechtslage	14
5.1	Allgemeine Menschenrechtslage	14
5.2	Gefährdete Personengruppen	15
6	Sozioökonomische Situation	19
6.1	Sozioökonomische Situation	19
6.2	Anhaltende humanitäre Notlage im Osten	20
6.3	Gesundheitsversorgung	21
7	Annex	23
7.1	Glossar	23
7.2	Politische Karte DRK	25
7.3	Verteilung von IDPs in DRK	26

1 Einleitung

Im Vordergrund der folgenden Analyse stehen die Entwicklungen in der noch immer von Gewalt geplagten Demokratischen Republik Kongo (DRK) von Oktober 2007 bis Juli 2011. Die Analyse schliesst an das letzte Update vom September 2007 an.

Die DRK hat in den letzten Jahrzehnten eine turbulente Geschichte durchlaufen. Nach Jahren des wirtschaftlichen und staatlichen Niedergangs unter Diktator Mobutu Sese Seko, zwei Kongokriegen mit Beteiligung ausländischer Armeeeinheiten und innenpolitischen Machtkämpfen konnten schliesslich im Juli 2006 die ersten freien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der DRK seit 1965 stattfinden. Diese Wahlen wurden von vielen als positives Versprechen für die Zukunft des Landes gewertet. Mittlerweile ist diese Hoffnung allerdings verflogen, und Präsident Joseph Kabila und seine Regierung haben massiv an Popularität eingebüsst. Denn die Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung haben sich kaum verbessert, das Land leidet weiterhin unter einer grassierenden Korruption, und politische Gewalt ist alltäglich. Angesichts der für Ende November 2011 geplanten Wahlen unternimmt die Regierung beträchtliche Anstrengungen zur Wiedergewinnung ihrer Popularität und schreckt dabei auch nicht vor Einschüchterungstaktiken gegen die politische Opposition und die kritischen Medien zurück.

Die allgemeine Sicherheitslage in der Demokratischen Republik Kongo hat sich in den letzten Jahren vor allem im Westen verbessert, auch wenn sie sich im Vorfeld der Wahlen 2011 auch wieder teilweise verschärft hat. Die Situation im Osten des Landes ist weiterhin von extremer Unsicherheit und unvorstellbarer Gewalt geprägt. Insbesondere die Zivilbevölkerung leidet massiv unter den andauernden Kampfhandlungen zwischen rivalisierenden Milizen und kongolesischen Regierungstruppen. So berichten Menschenrechtsorganisationen von extralegalen Hinrichtungen, Vergewaltigung, Verstümmelung, Folter, Gewalt gegen Frauen und Kinder sowie Zwangsrekrutierungen auch von Kindern. Diese schweren Menschenrechtsverletzungen werden von allen Kampfparteien und meistens mit absoluter Straflosigkeit begangen. Das Versagen, die für die Verbrechen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, hat im Kongo massgeblich dazu beigetragen, die Kultur der Straflosigkeit zu verfestigen, die Zyklen der Gewalt zu nähren und das Vertrauen der kongolesischen Bevölkerung in die Justiz weiter zu untergraben.

Die andauernden Kämpfe im Osten des Landes haben auch zu massiven Fluchtbewegungen geführt, so dass sich noch heute über 1,7 Millionen Menschen in der DRK als Intern Vertriebene (*Internally Displaced Persons, IDPs*) auf der Flucht befinden. In der DRK sterben monatlich 45'000 Menschen, die Hälfte davon Kinder, an den Folgen des Konfliktes, der Gewalt, der Vertreibungen, an Hunger und an heilbaren Krankheiten. Die Situation in der DRK gilt denn auch heute noch als eine der gravierendsten humanitären Krisen weltweit.

2 Politische Situation

2.1 Das Ende der Diktatur Mobutus und die Kongokriege

Die Demokratische Republik Kongo (DRK) hat in den letzten Jahrzehnten eine turbulente Geschichte durchlaufen. Nach Jahrzehnten des wirtschaftlichen und staatlichen Niedergangs¹ unter Diktator Mobutu Sese Seko wurde dieser im Mai 1997 von den durch Ruanda unterstützten Truppen der *Alliances des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo-Zaïre (AFDL)* von der Macht vertrieben. Laurent-Désiré Kabila, der Anführer der *AFDL*, erklärte sich per Dekret zum Präsidenten. Kabila hatte nationale Einheit und Wiederaufbau versprochen und war bei seinem Einmarsch in Kinshasa als Retter und Befreier gefeiert worden. Durch seine repressive, dilettantische und korrupte Politik verspielte er seine Popularität jedoch rasch.²

Bereits wenige Monate nach der Machtübernahme Kabilas brachen im Osten des Landes neue Rebellionen aus, welche sich ab August 1998 zum zweiten Kongokrieg ausweiteten.³ Nachdem Kabila Ruanda zum Truppenabzug aufgefordert hatte, marschierten erneut kongolesische Rebellenorganisationen mit ruandischer Unterstützung von Osten gegen Westen. Die Intervention von Angola, Namibia und Zimbabwe auf Seiten Kabilas konnte den Sturz der Regierung abwenden, worauf sich ein langer Stellungskrieg entwickelte. Nach langwierigen Verhandlungen wurde im Juli 1999 in Lusaka ein Waffenstillstandsabkommen⁴ zwischen den Konfliktparteien geschlossen, welches jedoch weitgehend ignoriert und schliesslich von der Regierung im August 2000 aufgekündigt wurde.⁵ Auch der Aufbau der UNO-Friedenstruppe *Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo (MONUC)* kam nur schleppend voran.⁶ Erst mit der Ermordung von Laurent-Désiré Kabila im Januar 2001 durch ein Mitglied seiner Leibgarde kam wieder Bewegung in die Friedensbemühungen.⁷

Einige Wochen nach der Ermordung seines Vaters wurde Joseph Kabila als neuer Staatspräsident vereidigt. Im Gegensatz zu seinem Vater unternahm Joseph Kabila rasch Anstrengungen in Richtung einer Versöhnung, der Bildung einer Übergangs-

¹ Zum wirtschaftlichen Niedergang der DRK unter der Diktatur Mobutus siehe: Tony Gambino, Democratic Republic of the Congo, World Development Report 2011 – Background Case Study, 2. März 2011: http://wdr2011.worldbank.org/sites/default/files/pdfs/WDR_2011_Case_Study_DRC.pdf.

² Vgl.: The New York Times, U.N. Says Congo Blocks Investigation of Reported Massacres, 2. Juli 1997: www.nytimes.com/1997/07/02/world/un-says-congo-blocks-investigation-of-reported-massacres.html; The New York Times, Kabila Bans Party Activity In Kinshasa, 27. Mai 1997: www.nytimes.com/1997/05/27/world/kabila-bans-party-activity-in-kinshasa.html.

³ IRIN News, DRC: Fighting in east as army vows to topple Kabila. 3. August 1998: <http://reliefweb.int/node/38388>.

⁴ Zum Waffenstillstandsabkommen vgl.: www.iss.co.za/af/profiles/drcongo/cdreader/bin/2lusaka.pdf.

⁵ BBC News, Kabila rejects Lusaka accords, 23. August 2000: <http://cdnedge.bbc.co.uk/1/hi/world/africa/892679.stm>.

⁶ Die Bildung der MONUC wurde mit der Resolution 1279 vom 30. November 1999 beschlossen. Im Februar 2000 erhielt die MONUC mit der Resolution 1291 zwar ein Mandat zur Gewaltanwendung nach Kapitel 7 der UNO-Charta und wurde auf 5537 Mann, davon 3400 Kampfeinheiten, aufgestockt, obwohl noch nicht einmal die im Lusaka-Abkommen vorgesehenen Militärbeobachter im Land waren. Die Resolution 1279: [www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/1279\(1999\)](http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/1279(1999)), die Resolution 1291: [www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/1291\(2000\)](http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/1291(2000)).

⁷ IRIN News, In-depth: The death of Laurent Desiré Kabila, 26. Januar 2001: www.irinnews.org/InDepthMain.aspx?InDepthId=57&ReportId=72398.

regierung und der Durchführung von demokratischen Wahlen. Joseph Kabila arbeitete auch enger mit der internationalen Gemeinschaft zusammen und stimmte dem Einsatz der UNO-Friedenstruppen offiziell zu.⁸ Ende 2002, nach einer Reihe von Friedensverhandlungen, zogen sich die ausländischen Armeeeinheiten aus dem Kongo zurück. Dank Demobilisierungsbemühungen und einer verbesserten Zusammenarbeit mit Ruanda hat sich auch die Sicherheitssituation verbessert.⁹ Im Rahmen des innerkongolesischen Dialogs vereinbarten die Konfliktparteien im Dezember 2002 die Bildung einer Übergangsregierung unter der Präsidentschaft von Kabila und vier Vize-Präsidenten.¹⁰ Im März 2003 wurde eine Übergangsverfassung vorgelegt, im April Kabila als Übergangspräsident und im Juli die vier Vize-Präsidenten vereidigt.¹¹ Im Mai 2005 beschloss das Übergangsparlament den Entwurf einer neuen Verfassung, welche im Dezember 2005 von 84,3 Prozent der Wähler angenommen wurde.¹² Am 18. Februar 2006 trat die neue Verfassung in Kraft.¹³

2.2 Die Wahlen 2006 und die Hoffnung auf Stabilität

Die allgemeinen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 30. Juli 2006 waren die ersten freien Wahlen in der DRK seit 1965. Es kandidierten mehrere Dutzend Bewerber für das Amt des Präsidenten und über 60 Parteien mit nahezu 10'000 KandidatInnen für die 500 Sitze im Parlament. Die logistischen Herausforderungen der Wahl waren enorm.¹⁴ Der Wahlkampf war von Gewalt, willkürlichen Verhaftungen und Hetzkampagnen der parteiischen Presse überschattet.¹⁵ Die internationale Gemeinschaft unterstützte die Wahlen in logistischer, finanzieller und sicherheitstechnischer Hinsicht.¹⁶ Entgegen der Befürchtungen verlief der Wahltag vom 30. Juli 2006 jedoch weitgehend friedlich.¹⁷

⁸ Tony Gambino, Democratic Republic of the Congo, World Development Report 2011 – Background Case Study, 2. März 2011, S. 5.

⁹ Die Bemühungen für die Demobilisierung von bewaffneten Einheiten mit Unterstützung der MONUC erzielten einige, wenn auch beschränkt wirksame Erfolge. Die Sicherheitssituation in den Kivus verbesserte sich beträchtlich, nachdem im September 2004 der *Joint Verification Mechanism* zur Handhabung grenzüberschreitender Probleme zwischen Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo beschlossen wurde. IRIN News, DRC-RWANDA: Kigali, Kinshasa agree to border verification mechanism, 23. September 2004: www.irinnews.org/report.asp?ReportID=43322.

¹⁰ Der *Accord global et inclusif* ist unter folgendem Link abrufbar:

www.congonline.com/DI/documents/accord_global_et_inclusif_de_Pretoria_17122002_signed.htm.

¹¹ Congressional Research Service, Democratic Republic of Congo: Background and Current Developments, 29. April 2011, S. 2 f.: <http://openers.com/document/R40108/2011-04-29/download/1005/>.

¹² Zum Verfassungsreferendum siehe den Abschlussbericht der Wahlbeobachtungsmission des Electoral Institute for the Sustainability of Democracy in Africa: www.eisa.org.za/PDF/drc05omr.pdf.

¹³ Die neue Verfassung definiert die DRK als einen säkularen, demokratischen Rechtsstaat mit einem semipräsidentiellen Regierungssystem. Der Präsident wird vom Volk direkt gewählt und kann einmalig wiedergewählt werden. Der Präsident ernennt den Premier und das Kabinett, welches jedoch der Mehrheitsfraktion im Parlament gegenüber verantwortlich ist. Der exakte Wortlaut der Verfassung von 2006 ist unter folgendem Link abrufbar: http://fr.wikisource.org/wiki/Constitution_de_la_R%C3%A9publique_d%C3%A9mocratique_du_Congo.

¹⁴ Siehe den Abschlussbericht der Wahlbeobachtungsmission des Electoral Institute for the Sustainability of Democracy in Africa, S. 25.

¹⁵ Zur Vorwahlperiode siehe den Abschlussbericht der Wahlbeobachtungsmission des Electoral Institute for the Sustainability of Democracy in Africa, S. 30 ff.

¹⁶ Zur EUFOR RD Congo siehe: <http://consilium.europa.eu/eeas/security-defence/eu-operations/completed-eu-operations/eufor-rd-congo.aspx?lang=en>.

¹⁷ Die Ausnahme bildeten die nach jedem Wahlgang aufflammenden Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern von Jean-Pierre Bemba und denjenigen von Joseph Kabila. International Crisis Group (ICG), Congo: Le Dilemme Electoral, 5. Mai 2011, S. 1: www.humansecuritygateway.com/documents/ICG_LeDilemmeElectoral.pdf.

Im ersten Wahlgang errangen Joseph Kabila und dessen Partei am meisten Stimmen. Da keiner der Anwärter die absolute Mehrheit erreicht hatte, fand am 29. Oktober eine von Kabila deutlich gewonnene Stichwahl statt.¹⁸ Im Dezember 2006 legte Kabila vor dem Obersten Gericht den Amtseid ab. Mit der im Grossen und Ganzen freien und fairen Wahl und der darauf folgenden Amtseinführung Kabilas kam die drei Jahre dauernde Übergangsregierung zu einem Abschluss.¹⁹ Jean-Pierre Bemba, der ehemalige Rebellenchef und in der Stichwahl unterlegene Kandidat, wollte das Wahlergebnis zuerst nicht anerkennen, entschied sich dann aber doch zum Gang in die politische Opposition. Durch die Flucht Bembas ins Exil²⁰ und vor allem seine Überstellung nach Den Haag²¹ wurde Kabila seines schärfsten Widersachers entledigt. Ohne ihren charismatischen Leader blieb die politische Opposition im Parlament weitgehend wirkungslos.²²

Die erfolgreich durchgeführten allgemeinen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 2006 wurden von vielen als positives Versprechen für die Zukunft des Landes gewertet. Mittlerweile ist die Hoffnung allerdings verfliegen. Die Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung haben sich kaum verbessert, das Land leidet weiterhin unter einer grassierenden Korruption, und politische Gewalt ist alltäglich.²³ Auch tut sich Präsident Kabila bis heute schwer mit seinem Versprechen, die Provinzen im Osten zu befrieden. Rivalisierende Milizen und kongolesische Regierungstruppen haben sich in den letzten Jahren in den Provinzen Nord- und Süd-Kivu immer wieder Feuergefechte geliefert und die Zivilbevölkerung terrorisiert.²⁴ Vor diesem Hintergrund haben Joseph Kabila und seine Regierung in den letzten Jahren an Popularität eingebüsst.

2.3 Die politische Krise im Vorfeld der Wahlen 2011

Angesichts der für Ende November 2011 geplanten Wahlen unternimmt die Regierung seit Anfang Jahr 2011 beträchtliche Anstrengungen zur Wiedergewinnung ihrer Popularität. Dazu gehören die erneuten Anstrengungen zur Befriedung des Ostens durch die Integration von Milizen in die *Forces Armées de la République Démocratique du Congo (FARDC)* und die Eröffnung von Verfahren gegen Mitglieder der FARDC, die sich Massenvergewaltigungen und andere Menschenrechtsverletzungen

¹⁸ Joseph Kabila hat seinen Sieg vor allem den Ostprovinzen zu verdanken, wo er sehr hohe Ergebnisse erzielte. Die offiziellen Wahlresultate sind auf der Website zur DRK des Electoral Institute for the Sustainability of Democracy in Africa einzusehen: www.eisa.org.za/WEP/drcelectarchive.htm.

¹⁹ Zu den Wahlen 2006 siehe auch den Schlussbericht der Wahlbeobachtungsmission der EU im Kongo: www.moeurdcongo.org/files/MOE%20RDC%202006%20-%20Rapport%20Final.pdf.

²⁰ Nach wiederholten Kämpfen zwischen Bembas Miliz und Kabilas Präsidentengarde mitten in Kinshasa musste Oppositionsführer Bemba im März 2007 jedoch ins Exil nach Portugal flüchten. Reuters, Bemba to go to Portugal but no exile deal: diplomat, 30. März 2007: www.reuters.com/article/2007/03/30/us-congo-democratic-bemba-idUSL3034610120070330.

²¹ Im Mai 2008 wurde Bemba aufgrund eines Internationalen Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) in Belgien festgenommen und im Juli nach Den Haag überstellt. Jean-Pierre Bemba werden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Zentralafrikanischen Republik in den Jahren 2002 und 2003 zur Last gelegt. Siehe hierzu die vom Open Society Institute betriebene Website zum Bemba-Verfahren, welche neben Hintergründen auch eine täglich aktualisierte Berichterstattung über den Prozessverlauf liefert: www.bembatrial.org/.

²² Jean-Pierre Bemba war nicht nur der charismatische Leader des MLC, der grössten Oppositionspartei im Parlament, sondern auch der Leader der Oppositionsplattform *Union Nationale (UN)*.

²³ Council on Foreign Relations, Crisis in the Congo, Mai 2011, S. 1: http://i.cfr.org/content/publications/attachments/CPA_contingencymemo_11.pdf.

²⁴ ICG, Congo: Le Dilemme Electoral, 5. Mai 2011, S. 3.

haben zu Schulden kommen lassen.²⁵ Die Regierung investiert darüber hinaus auch in grosse Infrastrukturprojekte, wie beispielsweise den Neubau und die Erneuerung von Strassen in Kinshasa, um die Bevölkerung für die Wiederwahl von Kabila und seiner Partei zu gewinnen. Auch parteipolitisch unternimmt Kabila grosse Anstrengungen, um sich seine Macht zu sichern. So wurde im März die Allianz *Majorité Présidentielle (MP)* gegründet, welche der absoluten Kontrolle von Kabila und dessen Partei, der *Parti du Peuple pour la Reconstruction et la Démocratie (PPRD)*, untersteht.²⁶

Kabila versuchte darüber hinaus, seine Position und die seiner Partei durch eine Verfassungsänderung und eine Revision des Wahlgesetzes zu stärken. Die Verfassungsänderung, welche unter anderem das Prozedere zur Präsidentenwahl revidierte, kommt eindeutig Präsident Kabila entgegen.²⁷ Während die Regierungspartei sich bei der Verfassungsrevision durchsetzen konnte, hatte sie bei der Wahlrechtsreform weniger Erfolg. So ist der Versuch gescheitert, das bei der Parlamentswahl geltende Proporz- in ein Mehrheitswahlrecht abzuändern, welches den grossen Parteien zum Vorteil gereicht hätte.²⁸ Die Regierungspartei schreckt weiter nicht vor Einschüchterungstaktiken gegen die politische Opposition zurück, und die staatlichen Sicherheitskräfte gehen öfters gegen Oppositionspolitiker oder Journalisten vor.²⁹

Während Kabila seine Machtposition festigt, unternimmt die Opposition Versuche, sich neu zu gruppieren. Wie bereits erwähnt, hat sich das *Mouvement de Libération du Congo (MLC)*, welches bei den Wahlen 2006 einen Achtungserfolg erringen konnte, nicht von der Ausgrenzung seines charismatischen Leaders erholen können und ist im Niedergang begriffen.³⁰ Das auch in der Übergangsregierung vertretene *Rassemblement Congolais pour la Démocratie (RCD)* hat bei den Wahlen 2006 eine vernichtende Niederlage erlitten und sich nicht davon erholt.³¹ Angeführt wird die politische Opposition heute von der *Union pour la Nation Congolaise (UNC)*³² von Vital Kamerhe und der *Union pour la Démocratie et le Progrès Social (UDPS)*³³ des

²⁵ ICG, Congo: Le Dilemme Electoral, 5. Mai 2011, S. 4.

²⁶ Die MP folgt auf die *Alliance pour la Majorité Présidentielle (AMP)*, welche nach den Wahlen 2006 gegründet wurde und 34 Parteien umfasste, die Kabila und dessen Regierung unterstützten. Die AMP war eine Allianz von gleichberechtigten Parteien, während sich die MP ganz klar dem PPRD und Kabila unterordnet. ICG, Congo: Le Dilemme Electoral, 5. Mai 2011, S. 6.

²⁷ Das bisherige Wahlprozedere sah eine Wahl mit absoluter Mehrheit und in zwei Runden vor, während mit der Verfassungsänderung das Prozedere in eine Wahl mit relativer Mehrheit und in einer Runde revidiert wurde. Die Verfassungsänderung wurde im Januar 2011 von der Parlamentsmehrheit durchgeboxt, während die Opposition sich zu einem Boykott der Abstimmung entschied und die Regierung des Stimmenkaufs von Parlamentariern beschuldigte. ICG, Congo: Le Dilemme Electoral, 5. Mai 2011, S. 1 f.

²⁸ ICG, DR Congo's Electoral Law for 2011: Choosing Continuity, 15. Juli 2011: www.crisisgroup.org/en/regions/africa/central-africa/dr-congo/drc-electoral-law-for-2011-choosing-continuity.aspx.

²⁹ Konkrete Belege für diese Einschüchterungsversuche liegen aus Katanga, Kivu und auch Kinshasa vor. ICG, Congo: Le Dilemme Electoral, 5. Mai 2011, S. 5.

³⁰ Ebd.

³¹ Der RCD wurde 1998 mit Unterstützung Ruandas und Angolas als bewaffnete Oppositionsbewegung zu Laurent-Désiré Kabila gegründet. ICG, Congo: Le Dilemme Electoral, 5. Mai 2011, S. 25 f.

³² Die UNC ist die jüngste Oppositionspartei in der DRK und wurde am 19. Juni 2010 vom ehemaligen Präsidenten der Nationalversammlung und vormaligen Alliierten von Joseph Kabila ins Leben gerufen. Siehe: ICG, Congo: Le Dilemme Electoral, 5. Mai 2011, S. 26 f.

³³ Die UDPS wurde noch unter der Diktatur von Mobutu im Jahre 1982 von ehemaligen Mitstreitern Mobutus als erste politische Oppositionspartei im Kongo gegründet. Etienne Tshisekedi musste seine Opposition gegen Mobutu mit langen Haftstrafen und Jahren im Exil bezahlen. Von den Kriegsherren und deren «Parteien» aufgerieben, hat sich die UDPS weder an der Übergangsregierung noch an den Wahlen 2006 beteiligt. In den kommenden Wahlen werden sich die UDPS und der

historischen Oppositionellen Etienne Tshisekedi. Auch wenn sich die Opposition bewusst ist, dass eine geeinte Oppositionsfront notwendig wäre, um gegen Kabila und seine MP bestehen zu können, hat sie sich noch nicht dazu durchringen können.³⁴

Im Gegensatz zu den Wahlen 2006, die unter der Ägide und mit massiver Unterstützung der internationalen Gemeinschaft durchgeführt wurden, stehen die Vorbereitungen zu den Wahlen 2011 unter der Verantwortung der kongolesischen Behörden. Die Wahlvorbereitungen haben denn auch beträchtliche Verspätungen akkumuliert, von der Wählerregistrierung über die Revision des Wahlgesetzes bis hin zur Bildung der neuen Wahlkommission, welche die ordentliche Durchführung der bereits einmal auf den 28. November verschobenen Wahlen in Frage stellen. Da das Mandat von Präsident Kabila am 5. Dezember 2011 endet, droht mit einer weiteren Verschiebung ein verfassungsrechtliches Vakuum, dessen Konsequenzen niemand absehen kann.³⁵ Darüber hinaus bestehen auch Zweifel bezüglich der Unabhängigkeit der neuen Wahlkommission, der *Commission Electorale Nationale Indépendante (CENI)*³⁶, und der Schlagkraft anderer institutioneller Mechanismen wie des *Conseil de l'Audiovisuel et de la Communication (CSAC)*, welcher für die Überwachung des gleichberechtigten Zugangs der Parteien zu den Medien verantwortlich zeichnet.³⁷ Ohne funktionierende institutionelle Mechanismen drohen die Wahlen 2011 zu einem Fiasko zu werden und das Land zurück in die Diktatur zu führen, wie die kongolesischen Bischöfe Anfang Jahr zu Bedenken gaben.³⁸ Die Wahlen 2011 werden die Weichen für die Zukunft des Kongos stellen, und es ist zu hoffen, dass diese entgegen aller Befürchtungen doch wieder in Richtung Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates weisen werden.

3 Sicherheitslage

3.1 Allgemeine Sicherheitslage

Die allgemeine Sicherheitslage in der Demokratischen Republik Kongo hat sich in den letzten Jahren zwar vielerorts verbessert. Gerade die Situation im Osten des Landes ist aber weiterhin sehr instabil und immer wieder von Gewaltkonflikten ge-

sehr populäre Etienne Tshisekedi jedoch beteiligen. Letzterer hat sich auch schon ins Rennen für die Präsidentschaft geworfen. Siehe: ICG, Congo: Le Dilemme Electoral, 5. Mai 2011, S. 26.

³⁴ Ebd., S. 6 ff.

³⁵ Ebd., S. 9 ff.

³⁶ So besteht die CENI nur noch aus sieben Mitgliedern, alle aus der parlamentarischen politischen Klasse, wovon vier der parlamentarischen Mehrheit und drei der Opposition nahe stehen. Die Zivilgesellschaft wurde von CENI ausgeschlossen. Kritisch für die Glaubwürdigkeit der CENI ist auch die Tatsache, dass deren Präsident, Pastor Daniel Ngoy Mulunda Nyanga, ein enger Freund von Präsident Kabila ist. ICG, Congo: Le Dilemme Electoral, 5. Mai 2011, S. 12 f.

³⁷ Der CSAC wurde erst im Januar 2011 offiziell eingerichtet, und seine Mitglieder wurden im August per Dekret vom Präsidenten ernannt, was nicht dem vom Gesetzgeber vorgesehenen Vorgehen entsprach und massiven Protest der Opposition zur Folge hatte. Ausserdem ist die Finanzierung nicht gesichert, und es ist deshalb kaum davon auszugehen, dass dieser seine Arbeit auch wirklich wahrnehmen können. Siehe: La Référence, Kabila recognize 15 members of the CSAC, 20. August 2011: www.lareference.cd/2011/08/kabila-recognize-15-members-of-the-csac.html; Le Phare, Congo-Kinshasa: Violation des textes – L'affaire CSAC bientôt en justice, 23. August 2011: <http://fr.allafrica.com/stories/201108240201.html>.

³⁸ Comité permanent de la Conférence Episcopale Nationale du Congo (CENCO), Année électorale: Que devons nous faire?, 25. Februar 2011, S. 2: www.cejp-rdc.org/.

prägt. Die Hoffnung auf eine rasche Befriedung des Landes nach den Wahlen 2006 hat sich leider nicht erfüllt, und im Vorfeld der Wahlen 2011 hat sich die Sicherheitslage auch in bisher relativ stabilen Regionen teilweise verschärft.

3.2 Relative Sicherheit in Kinshasa und im Westen

Die Sicherheitslage in Kinshasa und generell im Westen des Landes hat sich in den letzten Jahren deutlich stabilisiert, auch wenn es vereinzelt zu Auseinandersetzungen kam. Ende 2009 kam es beispielsweise in der Provinz Equateur zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Enyele und den Munzayas, welche sich um Land- und Fischrechte stritten. Die Auseinandersetzungen dauerten bis Mitte 2010 an, haben mindestens 100 Menschen das Leben gekostet und gegen 200'000 Menschen in die Flucht getrieben.³⁹ Auch wenn die Situation sich stabilisiert hat und ein Versöhnungsprozess in Gang gekommen ist, verblieben Ende 2010 noch immer über 120'000 Flüchtlinge aus Furcht vor weiteren Übergriffen im Nachbarland Kongo-Brazzaville, anstatt in ihre Heimatdörfer zurückzukehren.⁴⁰

Im November 2010 griff eine unbekannt bewaffnete Gruppe in der Provinz Equateur einen Posten der FARDC an. Im Januar 2011 wurde eine Gruppe von 72 bewaffneten Männern verhaftet, die offenbar in der Provinz Bas-Congo einen Sabotageakt geplant hatten.⁴¹ Schliesslich kam es am 27. Februar 2011 sogar in Kinshasa zu bewaffneten Auseinandersetzungen, als eine Gruppe von über hundert Bewaffneten mitten am Tag die Residenz des Präsidenten angriff.⁴² Die DRK bezichtigt den Ex-General Faustin Munene⁴³, der sich in Kongo-Brazzaville im Exil befindet, für diese Angriffe verantwortlich zu sein, und beschuldigt Kongo-Brazzaville, einen Hort der bewaffneten Opposition zum Regime Kabilas zu bilden.⁴⁴ Trotz dieser vereinzelt Ereignisse ist die Sicherheitslage im Westen im Gegensatz zum Osten des Landes heute relativ stabil und unter Kontrolle der kongolesischen Sicherheitskräfte.

³⁹ Internal Displacement Monitoring Centre, Democratic Republic of the Congo: IDPs pay an unacceptable price, 21. Dezember 2010, S. 24: www.internal-displacement.org/.

⁴⁰ UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA): Democratic Republic of the Congo: Insecurity and Displacement (as of 26 May 2011): http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/SS_2011_COD_0526_1.pdf.

⁴¹ ICG, Congo: Le Dilemme Electoral, 5. Mai 2011, S. 14 f.

⁴² Siehe: Radio Okapi, Kinshasa: attaque de la résidence présidentielle, 27. Februar 2011: <http://radiookapi.net/actualite/2011/02/27/kinshasa-attaque-de-la-residence-presidentielle-6-morts-selon-l-mende/>; Le Potentiel: Tentative de coup d'Etat à Kinshasa, 28. Februar 2011: www.lepotentiel.com/afficher_article.php?id_article=107151&id_edition=7056.

⁴³ Ex-General Faustin Munene war von 1997 bis 1998 Vize-Minister in der Regierung von Laurent-Désiré Kabila und bis 2006 Offizier in den FARDC. Die DRK wirft Munene vor, nach seinem Rücktritt aus den FARDC die bewaffnete Rebellenorganisation Armée de Résistance Populaire (ARP) gegründet zu haben, um die Regierung Kabila zu stürzen. Im Oktober 2010 flüchtete Munene nach Kongo-Brazzaville, wo er seit Januar 2011 in Haft sitzt. Munene wurde in der DRK von einem Militärgericht verurteilt, doch Denis Sassou Nguesso, der Präsident von Kongo-Brazzaville, weigert sich, ihn an die DRK auszuliefern. Siehe: Kongo Times, RDC: Denis Sassou Nguesso refuse d'extrader le général Faustin MUNENE, 3. März 2011: <http://afrique.kongotimes.info/afrique/afrique-centrale/congo/sassou-nguesso-refuse-extrader-faustin-munene.html>; Radio Okapi, Affaire des présumés infiltrés ex-Faz: la perpétuité pour le général Munene et 20 ans de prison pour 77 autres prévenus, 5. März 2011: <http://radiookapi.net/actualite/2011/03/05/affaire-des-presumes-infiltrés-ex-faz-la-perpetuite-pour-le-general-munene-et-20-ans-de-prison-pour-77-autres-prevenus/>.

⁴⁴ ICG, Congo: Le Dilemme Electoral, 5. Mai 2011, S. 15.

3.3 Andauernde Gewalt im Osten des Landes

Auch wenn sich die Sicherheitssituation im Osten des Landes in den letzten Monaten leicht stabilisiert hat, waren die letzten Jahre in den meisten östlichen Provinzen von extremer Unsicherheit und unvorstellbarer Gewalt geprägt. Eine positive Ausnahme bildet die Provinz Katanga, welche noch vor einigen Jahren von brutalen Konfrontationen zwischen den FARDC und den Maï-Maï-Milizen⁴⁵ betroffen war, welche Tausende von Toten gefordert und Hunderttausende in die Flucht getrieben hatten.⁴⁶ Mit Ausnahme von vereinzelt Zwischenfällen wie den Kämpfen im November 2010 zwischen den FARDC und einer Maï-Maï-Miliz sowie den Überfall einer nicht identifizierten bewaffneten Truppe auf den Flughafen Lumumbashi im Februar 2011 blieb die Sicherheitssituation in Katanga in den letzten fünf Jahren erstaunlich ruhig.⁴⁷ Auch wenn die Lage relativ stabil scheint, sollte nicht übersehen werden, dass bewaffnete Gruppen in der Provinz weiterhin aktiv sind, die jederzeit gewalttätige Aktionen durchführen oder von den FARDC in Kämpfe verwickelt werden können.⁴⁸

In den beiden Kivus war und ist die Sicherheitssituation seit Jahren extrem explosiv. Die beiden Kivus verfügen über einen immensen Ressourcenreichtum, welcher sich wie so oft als Fluch und nicht als Segen erweist: Da sich die bewaffneten Gruppen massgeblich über illegalen Ressourcenhandel finanzieren, trägt dieser Reichtum an Bodenschätzen massgeblich zur Verlängerung des Krieges bei.⁴⁹ So ist es nicht erstaunlich, dass trotz verschiedener Demobilisierungsprogramme viele bewaffnete Gruppen in den Kivus weiterhin aktiv blieben, so zum Beispiel der *Congrès National pour la Défense du Peuple (CNDP)* von Laurent Nkunda, einem desertierten General der FARDC, im Nord-Kivu und die *Forces Démocratiques de Libération du Rwanda (FDLR)* im Süd-Kivu. Darüber hinaus sind bis heute immer wieder verschiedenste Maï-Maï-Milizen in den Kivus aktiv.

⁴⁵ Als Maï-Maï-Milizen werden in der Demokratischen Republik Kongo bewaffnete Gruppen bezeichnet, welche der Leitung von Warlords, traditionellen Stammesältesten, Dorfvorstehern oder politisch motivierten Widerstandskämpfern unterstehen. Sie sind vor allem in Nord-Kivu und Süd-Kivu, aber auch in Katanga und Orientale aktiv. Stéphane Mantoux, 28. Juni 2010: <http://historicoblog3.blogspot.com/2010/06/ne-reveillez-pas-leau-qui-dort-les-mai.html>.

⁴⁶ Die Sicherheitslage hat sich nach einer erfolgreichen Militäroffensive gegen eine bedeutende Maï-Maï-Miliz in Zentral-Katanga und der Stationierung von UNO-Friedenstruppen stabilisiert. Internal Displacement Monitoring Centre, Democratic Republic of the Congo: IDPs pay an unacceptable price, 21. Dezember 2010, S. 24 f.

⁴⁷ Zu den Kämpfen im November siehe: Jambo News, RDC: cinq morts dans des affrontements au Katanga, 29. November 2010: www.jambonews.net/actualites/20101129-rdc-cinq-morts-dans-des-affrontements-au-katanga/; zum Überfall auf den Flughafen Lumumbashi siehe: Jeune Afrique, RDC: attaque de l'aéroport de Lubumbashi par un groupe rebelle non identifié, 4. Februar 2011: www.jeuneafrique.com/Article/ARTJAWEB20110204124015/.

⁴⁸ So zum Beispiel, nachdem eine Allianz von verschiedenen Milizen, darunter die Maï Maï Yakutumba, in den letzten Monaten Vieh gestohlen, Zahlungen erpresst und Dorfbewohner vertrieben hatte, unternahm die FARDC im August 2011 eine Offensive gegen die Maï Maï Yakutumba und eroberten deren Hochburg Talama. Radio Okapi, Katanga: Les FARDC reprennent la localité de Talama, bastion des Maï Maï Yakutumba, 25. August 2011: <http://radiookapi.net/actualite/2011/08/25/katanga-les-fardc-reprennent-la-localite-de-talama-bastion-des-mai-mai-yakutumba/>.

⁴⁹ Zu der Rolle von Bodenschätzen im östlichen Kongo siehe: International Alert, The Role of Natural Resources in Fuelling and Prolonging Crises in the Eastern DRC: www.international-alert.org/sites/default/files/publications/Natural_Resources_Jan_10.pdf.

Nach brutalen Kämpfen und verschiedenen gescheiterten Waffenstillstandsabkommen⁵⁰ konnte nach Geheimverhandlungen mit Ruanda⁵¹, welche zur Verhaftung von Laurent Nkunda in Ruanda führten, die CNDP im Frühjahr 2009 schliesslich formell aufgelöst werden. Unmittelbar danach führten die FARDC mit integrierten CNDP-Kämpfern und in Koordination mit ruandischen Truppen eine Offensive gegen die FDLR im Nord-Kivu durch. Nach Abschluss dieser Offensive unternahmen die FARDC, diesmal mit logistischer Unterstützung der MONUC, eine weitere gross angelegte Offensive gegen die FDLR und Mai-Mai-Milizen in beiden Kivus.⁵² Alle Kampfparteien, d.h. auch die FARDC, haben dabei schwere Menschenrechtsverletzungen (inklusive Massaker und Massenvergewaltigungen) gegenüber der Zivilbevölkerung begangen und massive Fluchtbewegungen ausgelöst, was Menschenrechtsorganisationen dazu bewegte, ernsthafte Bedenken gegenüber dieser Operation und deren Unterstützung durch die MONUC zu äussern.⁵³ Die humanitäre Lage hat sich trotz dieser Militäroperationen nicht verbessert, vielmehr hat sich die Lage der Zivilbevölkerung, welche zwischen den verschiedenen Fronten aufgerieben wurde, verschlechtert und die Gewaltdynamik verstärkt.⁵⁴ Bis heute kommt es regelmässig zu bewaffneten Auseinandersetzungen in den Kivus, denen die Zivilbevölkerung oftmals schutzlos ausgeliefert ist.⁵⁵ Im Mai 2011 waren in den beiden Kivus denn auch immer noch über 1,2 Millionen Intern Vertriebene registriert, die vor den Kämpfen und Repressalien der bewaffneten Akteure hatten fliehen müssen.⁵⁶

In der Provinz Orientale leidet die Zivilbevölkerung ebenfalls seit Jahren unter der massiven Gewaltanwendung der verschiedenen bewaffneten Akteure. Der Ituri-Distrikt an der Grenze zu Uganda hat in den letzten Jahrzehnten immer wieder gewalttätige Landkonflikte zwischen den ethnischen Gruppen der Hema und Lenda erlebt, welche um die Jahrtausendwende eskaliert sind und zu mehreren Zehntausend Toten und Hunderttausenden von Vertriebenen geführt haben.⁵⁷ Ähnlich wie in den Kivus wurde der Konflikt durch den Ressourcenreichtum, in Ituri vor allem Gold,

⁵⁰ So zum Beispiel das Waffenstillstandsabkommen von Goma, das die Regierung im Januar 2008 mit 22 bewaffneten Gruppen abschloss, welche in den Kivus aktiv waren. In der Praxis ist dieses Abkommen jedoch gescheitert. Siehe: African Press international, Peace agreement signed – But how long will it last?, 31. Januar 2008: <http://africanpress.wordpress.com/2008/01/31/peace-agreement-signed-but-how-long-will-it-last/>; Human Rights Watch, DR Congo Peace Accord Fails End Killing of Civilians, 17. Juli 2008: www.hrw.org/news/2008/07/17/dr-congo-peace-accord-fails-end-killing-civilians.

⁵¹ Zu den Geheimverhandlungen siehe: ICG: Pas de stabilité au Kivu malgré le rapprochement avec le Rwanda, 16 novembre 2010, S. 3 ff.: www.crisisgroup.org/.

⁵² Internal Displacement Monitoring Centre, Democratic Republic of the Congo: IDPs pay an unacceptable price, 21. Dezember 2010, S. 22.

⁵³ Human Rights Watch, Eastern DR Congo: Surge in Army Atrocities, 2. November 2009: www.hrw.org/news/2009/11/02/eastern-dr-congo-surge-army-atrocities. Die Nachfolgeoperation mit dem Code-Namen «Amani Leo» von 2010 wurde von MONUC und ihrer Nachfolgeorganisation *Mission de l'Organisation des Nations Unies pour la Stabilisation en République Démocratique du Congo (MONUSCO)* zwar weiter unterstützt, jedoch mit Ausschluss der Einheiten der FARDC, denen schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. ICG, Pas de stabilité au Kivu malgré le rapprochement avec le Rwanda, 16. November 2010, S. 12.

⁵⁴ ICG, Pas de stabilité au Kivu malgré le rapprochement avec le Rwanda, 16. November 2010, S. 6 ff.

⁵⁵ So zum Beispiel Ende August 2011: Radio Okapi, Sud-Kivu: des attaques attribuées aux FDLR et FARDC dans 5 territoires, 29. August 2011: http://radiookapi.net/actualite/2011/08/29/sud-kivu-des-attaques-attribuees-aux-fdlr-et-fardc-dans-5territoires/?utm_source=feedburner&utm_medium=feed&utm_campaign=Feed%3A+radiookapi%2Factu+%28Radiookapi.net%29.

⁵⁶ UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA): Democratic Republic of the Congo: Insecurity and Displacement (as of 26 May 2011).

⁵⁷ International Alert, Land, Power and Identity: Roots of violent conflict in Eastern DRC, S. 31 ff.: www.international-alert.org/sites/default/files/publications/201011LandPowerIdentity.pdf.

verschärft.⁵⁸ Die Sicherheitslage hat sich seither dank verschiedener Demobilisierungsprogramme, erfolgreicher Verhandlungen der kongolesischen Regierung mit lokalen Anführern sowie der Annäherung zwischen der DRK und Angola kontinuierlich verbessert. Dennoch sind in Ituri bewaffnete Akteure wie der *Front de Résistance Patriotique d'Ituri (FRPI)*, der *Front Populaire pour la Justice au Congo (FPJC)* und andere lokale Milizen weiterhin aktiv. So kommt es auch in Ituri regelmässig zu bewaffneten Auseinandersetzungen, so zum Beispiel im Juni 2011 zwischen dem FRPI und den FARDC.⁵⁹ Auch wenn sich die Sicherheitslage verbessert hat, waren im Mai 2011 in Ituri immer noch über 130'000 IDPs registriert, die durch die Aktionen der bewaffneten Akteure vertrieben worden waren.⁶⁰

In den Distrikten Bas-Uélé und vor allem Haut-Uélé ist die Zivilbevölkerung den brutalen Aktionen der *Lord's Resistance Army (LRA)* ausgeliefert, welche nach ihrer Vertreibung aus Uganda und später Sudan seit 2005 vom Garamba-Nationalpark im Nordosten der DRK aus operiert.⁶¹ Seit Mitte 2008 führt die LRA regelmässig Überfälle gegen die Zivilbevölkerung in beiden Uélé-Distrikten durch. Die Attacken der LRA sind von extremster Brutalität.⁶² Beispielsweise verübte die LRA im Dezember 2009 in der Makombo-Region im Nordosten des Kongo ein schweres Massaker mit mindestens 321 Toten. Weitere 250 Menschen wurden entführt, darunter 80 Kinder.⁶³ Seit 2008 haben die Attacken der LRA in den Uélé-Distrikten mehreren Tausend Menschen das Leben gekostet und Hunderttausende vertrieben.⁶⁴ Noch heute werden fast täglich Menschen und Dörfer in den beiden Uélé-Distrikten von der LRA angegriffen.⁶⁵ Die Brutalität der LRA hat zur Folge, dass auch nur kleinere Attacken der LRA eine Welle der Angst durch die Dörfer der Region senden und zu massiven Bevölkerungsbewegungen führen. So sind zwischen Januar und August 2011 neu 48'000 Menschen von der LRA vertrieben worden.⁶⁶ Insgesamt waren im Mai 2011 in

⁵⁸ International Alert, *The Role of Natural Resources in Fueling and Prolonging Crises in the Eastern DRC*.

⁵⁹ Radio Okapi, *Ituri: les miliciens du FRPI et les FARDC s'affrontent vers la plaine semliki*, 9. Juni 2011: <http://radiookapi.net/actualite/2011/06/09/ituri-les-miliciens-du-frpi-et-les-fardc-s%E2%80%99affrontent-vers-la-plaine-semliki/>.

⁶⁰ UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA): *Democratic Republic of the Congo: Insecurity and Displacement (as of 26 May 2011)*.

⁶¹ Die Lord's Resistance Army (LRA) wurde 1987 gegründet und ist eine paramilitärische Gruppe unter der Führung von Joseph Kony, die im Norden Ugandas gegen die Regierung Musevenis und für die Errichtung eines Gottesstaates kämpfte. Zu den Ursprüngen und der Ideologie der LRA siehe: IRIN, *Uganda: Nature, structure and ideology of the LRA*, 1. Januar 2004: www.irinnews.org/InDepthMain.aspx?InDepthId=23&ReportId=65772.

⁶² Die LRA metzelt ihre Opfer öfters mit Macheten oder Äxten nieder, zertrümmert ihre Schädel, vergewaltigt Frauen, Männer und Kinder, brennt Häuser und Felder nieder und entführt vor allem Frauen und Kinder als Sexsklaven und Kindersoldaten. Human Rights Watch (HRW), *DR Congo: LRA slaughters 620 in Christmas Massacres*, 17. Januar 2009: www.hrw.org/en/news/2009/01/17/dr-congo-lra-slaughters-620-christmas-massacres.

⁶³ Spiegel Online, *Massaker an Hunderten Menschen im Kongo aufgedeckt*, 28. März 2010: www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,686033,00.html.

⁶⁴ Oxfam (Joint NGO Briefing Paper), *Ghosts of Christmas Past: Protecting Civilians from the LRA*, 14. Dezember 2010: www.oxfam.org/en/policy/ghosts-christmas-past.

⁶⁵ Allein im Juni 2011 gab es in der DR Kongo 53 LRA-Angriffe mit 26 Todesopfern und 23 Entführungen, zehn davon Kinder. UN News Service, *Lord's Resistance Army killed dozens in DR Congo last month*, UN reports, 6. Juli 2011: <http://reliefweb.int/node/424248>.

⁶⁶ Radio Okapi, *Dungu: 48'000 nouveaux déplacés enregistrés depuis janvier*: <http://radiookapi.net/actualite/2011/08/20/dungu-48-000-nouveaux-deplaces-enregistres-depuis-janvier/>.

beiden Uélé-Distrikten über 300'000 IDPs registriert, die aus Angst vor der LRA geflohen sind.⁶⁷

4 Das Justizsystem

4.1 Das Justizsystem in der DRK

Das Justizwesen in der DRK teilt sich laut der neuen Verfassung von 2006 in drei unabhängige Gerichtsbarkeiten auf: die zivile Gerichtsbarkeit (Zivil- und Strafrecht), die administrative Gerichtsbarkeit und die militärische Gerichtsbarkeit mit einem System an Obersten Gerichtshöfen. Dieses neue System wurde jedoch trotz Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft noch nicht umgesetzt, so dass das bisherige System weiterhin angewandt wird.⁶⁸ Das bisherige System kennt zwei Gerichtsbarkeiten: die zivile Gerichtsbarkeit für zivil- und strafrechtliche Fälle und die militärische Gerichtsbarkeit. Die militärische Gerichtsbarkeit hat dabei weitgehende Befugnisse nicht nur in Fällen, welche Angehörige der FARDC und der *Police Nationale Congolaise (PNC)* betreffen, sondern auch gegenüber Zivilpersonen, denen ein mit «Kriegswaffen» begangenes Verbrechen vorgeworfen wird. Die militärische Gerichtsbarkeit hat darüber hinaus das exklusive Recht über Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu urteilen. Für einige dieser Fälle ist auch der Internationale Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag zuständig, jedoch nur für Verbrechen, die nach 2002 begangen wurden.⁶⁹ Auch wenn die Behörden in der DRK in den letzten Jahren verschiedene – isolierte und begrenzte – Massnahmen beschlossen haben, ist noch immer kein klarer und systematischer Wille erkennbar, die notwendige Reform des Justizwesens auch wirklich anzugehen.⁷⁰

Das Justizsystem in der DRK leidet unter einer institutionellen Schwäche, die durch die geringe Anzahl ausgebildeter Juristen, durch niedrige Löhne der Justizbeamten, fehlende Infrastruktur und demotiviertes Personal gekennzeichnet ist. Die Arbeits-

⁶⁷ UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA): Democratic Republic of the Congo: Insecurity and Displacement (as of 26 May 2011).

⁶⁸ Zur Unterstützung der EU für eine nur sehr limitierte und auch nur beschränkt erfolgreiche Reform des Sicherheitssektors siehe: Arnout Justaert und Stephan Keukeleire, The EU's Security Sector Reform Policies in the Democratic Republic of Congo, European Integration online Papers, Special Issue 1, Vol. 14 (2010): Art. 6: <https://lirias.kuleuven.be/bitstream/123456789/273881/1/EIP-Justaert.pdf>; Netherlands Institute for International Relations, Sylvie More und Megan Price, The EU's Support to Security Sector Reform in the Democratic Republic of Congo: Perceptions from the Field in Spring 2010, Mai 2011: www.clingendael.nl/publications/2011/20110706_cru_publication_smore.pdf.

⁶⁹ Vor dem ICC in Den Haag sind derzeit mehrere Gerichtsverfahren in Gange, darunter, wie schon erwähnt, gegen Jean-Pierre Bemba für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in der Zentralafrikanischen Republik, gegen Thomas Lubanga Dyilo für Kriegsverbrechen im Osten des Kongos sowie gegen Germain Katanga und Mathieu Ngudjolo Chui für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Osten des Kongos. Haftbefehle wurden darüber hinaus auch gegen Callixte Mbarushimana, der derzeit in Auslieferungshaft in Frankreich sitzt, und gegen Bosco Ntaganda, der sich weiterhin unbehelligt in der DRK aufhält, erlassen. Siehe hierzu die Website des ICC: www.icc-cpi.int/Menus/ICC/Situations+and+Cases/.

⁷⁰ So hat beispielsweise der UNO-Sicherheitsrat im Juni 2010 die kongolesischen Behörden dazu aufgerufen, einen mehrjährigen Plan zur Reform des Justizwesens auszuarbeiten. Doch auch ein Jahr später ist dieser noch nicht über das Entwurfsstadium im Justizministerium hinausgekommen. Zum Justizwesen in der DRK siehe: Amnesty International, The time for justice is now: New strategy needed in the Democratic Republic of the Congo, August 2011: www.unhcr.org/refworld/docid/4e4a430c2.html.

bedingungen für die Justizbeamten sind prekär, es fehlt an Geld für Büromaterial, für Transportspesen bei Ermittlungen und für die Bezahlung der sowieso schon sehr niedrigen Löhne. Während die meisten Staaten zwischen 2 und 6 Prozent des Staatshaushaltes in die Justiz investieren, gab die DRK zwischen 2004 und 2009 durchschnittlich nur 0,6 Prozent aus.⁷¹ Von einer unabhängigen Justiz kann in der DRK denn auch nicht die Rede sein. Wer in der DRK in die Mühlen der Justiz gerät oder willkürlich verhaftet wird, kann kaum einen fairen Prozess erwarten. Die in der DRK weit verbreitete Korruption hat zur Folge, dass Richter und andere Justizbeamte – auch angesichts der niedrigen Löhne – bestechlich sind.⁷² Gerichtsverfahren enden deshalb in vielen Fällen mit demjenigen Urteil, das sich die finanziell stärkere Partei wünscht. Neben finanziellen Ressourcen hängt der Ausgang eines Verfahrens oft auch davon ab, ob eine Partei über die notwendigen Kontakte in Armee und Politik verfügt. In solchen Fällen ist es für Richter oft gefährlich, unparteiische Urteile zu fällen.⁷³ Gerade in der Militärgerichtsbarkeit, welche die schlimmsten Verbrechen zu ahnden hätte, beschützen Offiziere ihre Untergebenen und die Hierarchie die führenden Offiziere der Sicherheitskräfte.⁷⁴

Auch das Gefängniswesen ist in der DRK in einem desolaten Zustand. Die meisten Gefängnisse stammen noch aus der belgischen Kolonialzeit und sind oft stark überbelegt.⁷⁵ Die miserablen hygienischen Bedingungen, Mangelernährung, Krankheiten sowie Gewalt unter Häftlingen haben immer wieder Todesfälle zur Folge.⁷⁶ Immer wieder kommt es zu Massenausbrüchen von Häftlingen, oft als Folge von Revolten, manchmal aber auch in Komplizenschaft mit dem Wachpersonal.⁷⁷

4.2 Anhaltende Straflosigkeit

Angesichts dieser Probleme im Justizwesen ist es nicht erstaunlich, dass in der DRK die meisten Verbrechen ungestraft bleiben und die Täter oftmals belohnt werden, statt sich vor Gericht verantworten zu müssen. Gerade Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, welche in einem massiven Ausmass von allen Konfliktparteien im Kongo begangen wurden, bleiben bis heute in den meisten Fällen ungestraft.⁷⁸ Noch heute werden im Osten des Kongo tagtäglich solche Verbrechen begangen, auch wenn Präsident Kabila öffentlich erklärt hat, dass seine Regie-

⁷¹ IRIN, Analysis: Justice still remote for victims of atrocities in DRC, 11. Oktober 2010: www.irinnews.org/report.aspx?reportid=90736.

⁷² TAZ, Kongos zahnlose Freiheitswächter, 29. November 2006: www.kongo-kinshasa.de/taz/taz2006/taz_061129.php.

⁷³ Amnesty International, Straffreiheit wegen maroder Justiz, 10. August 2011: www.amnesty.ch/de/laender/afrika/demokr-rep-kongo/dok/2011/straffreiheit-wegen-maroder-justiz.

⁷⁴ Amnesty International, The time for justice is now: New strategy needed in the Democratic Republic of the Congo, August 2011, S. 3.

⁷⁵ Radio Netherlands Worldwide (RNW), Congo: new prison, old problems, 5. April 2011: www.rnw.nl/international-justice/article/congo-new-prison-old-problems.

⁷⁶ Im Gefängnis in Goma sind Ende 2009 beispielsweise zwölf Insassen in nur zwei Monaten an Unterernährung und mangelnder medizinischer Versorgung gestorben. Die Situation hat sich erst verbessert, als das IKRK die Versorgung der Gefangenen übernahm. Al Jazeera, Death sentence in DR Congo prisons, 22. Januar 2010: <http://english.aljazeera.net/focus/2010/01/201012142858471834.html>.

⁷⁷ In Gemena in der Provinz Equateur sind beispielsweise im November 2010 gegen 200 Insassen aus dem Gefängnis geflohen. Newstime Africa, Prisoners escape from jail in the Democratic Republic of Congo, 19. November 2010: www.newstimeafrica.com/archives/14741.

⁷⁸ Human Rights Watch, World Report 2011: Democratic Republic of Congo, 24. Januar 2011, S. 103–110: www.hrw.org/en/reports/2011/01/24/world-report-2011.

rung eine Politik der «Nulltoleranz» für solche Verbrechen anwenden würde.⁷⁹ Andererseits hat derselbe Kabila auch öffentlich verlauten lassen, dass im Kongo Frieden vor Gerechtigkeit komme, so ist es denn auch nicht erstaunlich, dass der kongolesische Staat den Worten bis heute nicht wirklich hat Taten folgen lassen.⁸⁰ So beklagt auch der *UN Special Rapporteur on Extrajudicial, Summary or Arbitrary Executions* die unheilvolle Politik, auch an Anführer von Rebellengruppen, denen massive Verbrechen vorgeworfen werden, hohe Posten in der Armee und Regierung zu verteilen.⁸¹ Der am 1. Oktober 2010 vom *Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR)* veröffentlichte Bericht zu den in der DRK zwischen 1993 und 2003 begangenen schwersten Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des internationalen humanitären Rechts macht darüber hinaus deutlich, dass das kongolesische Justizsystem, inklusive Militärgerichtsbarkeit, nicht in der Lage ist, diese Verbrechen auch wirksam zu bekämpfen.⁸²

Auch wenn noch nicht von einem Trendwechsel gesprochen werden kann, sind in den letzten Monaten diesbezüglich doch einige positive Entwicklungen zu verzeichnen. So hat die Regierung seit 2010 zunehmend Soldaten der FARDC vor dem Militärgericht verfolgt, welchen Menschenrechtsverletzungen, inklusive sexueller Gewalt, vorgeworfen werden, auch wenn sich diese Gerichtsverfahren meist auf niedrige Ränge beschränken. Erwähnenswert ist diesem Zusammenhang jedoch der Fall von General Jerome Kakwavu, der nach massiven Protesten vom UNO-Sicherheitsrat und von Menschenrechtsorganisationen im April 2010 verhaftet und für begangene Kriegsverbrechen wie Vergewaltigung und Folter angeklagt wurde.⁸³ General Kakwavu ist der erste General in der kongolesischen Geschichte, der wegen Vergewaltigung verhaftet und auch vor Gericht gestellt wurde.⁸⁴ Ein Schritt in die richtige Richtung stellt auch die rasche Aktion der Behörden bezüglich Vorfälle im Süd-Kivu am 1. Januar 2011, als eine Gruppe von FARDC-Soldaten das Dorf Fizi überfielen und mindestens 50 Frauen vergewaltigten, Häuser und Läden zerstörten und mehrere Leute verhafteten und brutal misshandelten. Nachdem verschiedene NGOs und die UNO diesen Fall publik gemacht hatten, reagierte die Militärgerichtsbarkeit rasch, unternahm Nachforschungen und Zeugenbefragungen, auf deren Grundlage der kommandierende Offizier Kibibi Mutware und zehn seiner Soldaten verhaftet

⁷⁹ Tony Gambino, Democratic Republic of the Congo, World Development Report 2011 – Background Case Study, World Bank 2011, S. 7 f.

⁸⁰ The Guardian, Congo conflict: «The Terminator» lives in luxury while peacekeepers look on, 5. Februar 2010: www.guardian.co.uk/world/2010/feb/05/congo-child-soldiers-ntaganda-monuc.

⁸¹ UN Human Rights Council, Democratic Republic of the Congo: UN expert expresses grave concern for civilian security, 2. Juni 2010: <http://reliefweb.int/node/356715>.

⁸² Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR), Report of the Mapping Exercise documenting the most serious violations of human rights and international humanitarian law committed within the territory of the Democratic Republic of the Congo between March 1993 and June 2003, August 2010: www.ohchr.org/Documents/Countries/ZR/DRC_MAPPING_REPORT_FINAL_EN.pdf; Amnesty International, The time for justice is now: New strategy needed in the Democratic Republic of the Congo, August 2011, S. 13 f.

⁸³ Human Rights Watch, World Report 2011: Democratic Republic of Congo, 24. Januar 2011, S. 103–110.

⁸⁴ Der Prozess wegen Vergewaltigung von zwei Frauen und Mädchen wurde am 25. März 2011 vor dem höchsten Militärgericht in Kinshasa eröffnet. Radio Okapi, Crime de guerre: le général Kakwavu comparait devant la haute cour militaire à Kinshasa, 26. März 2011: <http://radiookapi.net/actualite/2011/03/26/crime-de-guerre-le-general-kakwavu-comparait-devant-la-haute-cour-militaire-a-kinshasa/>.

wurden. Am 21. Februar 2011 wurden neun der elf Angeklagten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 15 bis 20 Jahren Gefängnis verurteilt.⁸⁵

Angesichts der Millionen von Männern, Frauen und Kindern, welche in den letzten zwei Jahrzehnten unter der unvorstellbaren Gewalt in der DRK gelitten haben, sind die erwähnten positiven Entwicklungen zwar zu begrüßen, stellen jedoch kaum mehr als einen Tropfen auf den heissen Stein dar. Das Versagen, die für Verbrechen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, hat im Kongo massgeblich dazu beigetragen, die Kultur der Straflosigkeit weiter zu verfestigen, die Zyklen der Gewalt zu nähren und das Vertrauen der kongolesischen Bevölkerung in die Justiz weiter zu untergraben.⁸⁶ Es ist deshalb von allergrösster Bedeutung, dass die kongolesische Regierung den Worten endlich Taten folgen lässt, die notwendigen Reformen bestimmt an die Hand nimmt und auch wirklich eine Politik der «Nulltoleranz» gegenüber Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit anwendet.⁸⁷

5 Allgemeine Menschenrechtslage

5.1 Allgemeine Menschenrechtslage

Die allgemeine Menschenrechtslage in der DRK ist nach wie vor äusserst bedenklich und hat sich in den letzten Jahren nicht wirklich verbessert.⁸⁸ Die im Osten weiterhin existierenden Rebellengruppen und Milizen kämpfen bis heute mit unerbittlicher Härte gegen die Regierungstruppen FARDC und bekämpfen sich teilweise auch untereinander. Aber auch die FARDC sind in der Wahl ihrer Mittel nicht immer zimperlich. So nimmt keine der Konfliktparteien Rücksicht auf die Zivilbevölkerung, obschon dies den Kriegsparteien nach dem internationalen humanitären Völkerrecht obliegen würde. Insbesondere IDPs haben unter der herrschenden Rechtlosigkeit im Osten des Kongos am stärksten zu leiden. Menschenrechtsverletzungen werden von allen Konfliktparteien und meistens in absoluter Straflosigkeit begangen.⁸⁹

So berichten Menschenrechtsorganisationen von extralegalen Hinrichtungen, Vergewaltigung, Verstümmelung, Folter, Gewalt gegen Frauen und Kinder und Zwangsrekrutierungen auch von Kindern, welche noch heute von den Rebellengruppen, Mi-

⁸⁵ Amnesty International, *The time for justice is now: New strategy needed in the Democratic Republic of the Congo*, August 2011, S. 13.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Beispielsweise könnte die Regierung damit beginnen, den vom ICC mit Haftbefehl gesuchten Bosco Ntaganda festzunehmen und dem ICC auszuliefern. Bosco Ntaganda war Mitglied verschiedener Milizen und zuletzt Stabschef der CNDP, welche mittlerweile in die FARDC integriert wurden. Bosco Ntaganda wurde 2009, obschon er vom ICC bereits seit 2008 offen gesucht wird, als General in die FARDC eingegliedert. *The Guardian*, Congo conflict: «The Terminator» lives in luxury while peacekeepers look on, 5. Februar 2010.

⁸⁸ So haben die an der die DRK betreffende Universal Periodic Review beteiligten Mitglieder des UNO-Menschenrechtsrats vielfach ihre Bedenken und Sorge bezüglich der Menschenrechtssituation in der DRK zum Ausdruck gebracht. Siehe hierzu: UN Human Rights Council, *Report of the Working Group on the Universal Periodic Review on the Democratic Republic of the Congo*, 4. Januar 2010: www.unhcr.org/refworld/docid/4bdea1882.html.

⁸⁹ Human Rights Watch, *World Report 2011: Democratic Republic of Congo*, 24. Januar 2011, S. 103–110.

lizen und auch von Teilen der FARDC begangen werden.⁹⁰ Die Menschenrechtslage im Westen ist zwar deutlich stabiler als im Osten, dennoch gibt es besorgniserregende Entwicklungen auch im Westen zu verzeichnen. Mit der zunehmenden Enttäuschung über die Regierungspolitik Kabilas und dessen schwindender Popularität im Vorfeld der Wahlen setzt die Regierung verstärkt auch auf repressive Massnahmen gegenüber der Opposition und der unabhängigen Presse.⁹¹

5.2 Gefährdete Personengruppen

Zu den von asylrelevanter Verfolgung am meisten gefährdeten Personengruppen gehören folgende:

Mitglieder von politischen Oppositionsgruppen. Die Verfassung definiert die DRK als einen demokratischen Rechtsstaat, und das Gesetz zum Status und den Rechten der politischen Opposition gewährt politischen Parteien das Recht zur Durchführung politischer Aktivitäten ohne Furcht und Vergeltung. Auch wenn politische Parteien in der DRK in der Regel operieren können, werden jedoch immer wieder tatsächlich oder vermeintlich politisch Aktive von Angehörigen staatlicher Sicherheitsdienste verschleppt, ohne Anklage festgehalten und oft auch gefoltert. Bereits 2008 wurden zahlreiche solche Fälle dokumentiert. Auch wurde auf die zunehmende Einschränkung des demokratischen Freiraums nach den Wahlen 2006 hingewiesen.⁹² Angesichts der im Vorfeld der Wahlen 2011 von der Regierungspartei angewandten Einschüchterungstaktiken gegen die politische Opposition kann auch kaum von einer Trendwende die Rede sein.⁹³ So wurden in den Kivus politische Kundgebungen der UNC verboten, in Kinshasa wurden Parteimitglieder der UDPS im Vorfeld einer Demonstration verhaftet und im Kasaï Occidental wurden Radiosendungen unterbrochen, welche Interviews mit Vertretern der politischen Opposition sendeten.⁹⁴ Zudem wurde im Januar 2011 Eugène Diomi Ndongala, der Präsident der Oppositionspartei *Democratie Chrétienne*, bei einem Besuch von Parteifreunden in der Provinz Bas-Congo verhaftet.⁹⁵ Auch wenn in den letzten Jahren keine führende Persönlichkeit

⁹⁰ UN Human Rights Council, Second Joint Report of Seven United Nations Experts on the Situation in the Democratic Republic of the Congo, 8. März 2010.

⁹¹ UN Security Council, Democratic Republic of Congo: Report of the Secretary-General on the United Nations Organization Stabilization Mission in the Democratic Republic of the Congo, 8. Oktober 2010: www.ecoi.net/file_upload/1226_1287563778_n1056165.pdf.

⁹² HRW dokumentiert, wie Kabilas Gefolgsleute mithilfe staatlicher Sicherheitsdienste gegen mutmassliche Gegner in der Hauptstadt Kinshasa und in der Provinz Bas-Congo vorgingen. Dabei kamen die paramilitärische Republikanische Garde, eine geheime Polizeiabteilung namens «Simba» und die Geheimdienste zum Einsatz. Ins Visier der Sicherheitskräfte gerieten neben Personen aus der Provinz Equateur auch mutmassliche Unterstützer des unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Jean-Pierre Bemba und Anhänger der Bundu Dia Kongo (BDK), einer politisch-religiösen Gruppe, die sich für eine grössere Autonomie der Provinz Bas-Congo einsetzt und bei den Wahlen einen beachtlichen Stimmenanteil gewinnen konnte. Mindestens 500 angebliche Gegner der Regierung wurden ermordet oder ohne Verfahren hingerichtet. Human Rights Watch (HRW), *We Will Crush You: The Restriction of Political Space in the Democratic Republic of the Congo*, 25. November 2008: www.hrw.org/sites/default/files/reports/drc1108web.pdf.

⁹³ Institute for War and Peace Reporting, *Congolese Lawmakers Face Intimidation*, 2. Juni 2010: www.unhcr.org/refworld/docid/4c0662f71a.html.

⁹⁴ ICG, Congo: *Le Dilemme Electoral*, 5. Mai 2011, S. 5.

⁹⁵ Eugène Diomi Ndongala wurde am nachfolgenden Tag zu fünf Monaten Haft verurteilt. Auch wenn dieser vom Appellationsgericht im Februar 2011 freigesprochen wurde, hat die Aktion ihren Zweck der Einschüchterung auf jeden Fall erreicht. Amnesty International, *Democratic Republic of the Congo: Human rights concerns in the run up to Presidential election campaigns*, 7. Februar 2011: www.amnesty.org/en/library/asset/AFR62/002/2011/en/904b41ab-29e5-4818-923b-bd8a91b0e6d2/afr620022011en.pdf.

der zivilen Opposition ums Leben gekommen ist, wurden doch mehrere Menschen von den Sicherheitskräften erschossen oder verschleppt.⁹⁶

MenschenrechtsaktivistInnen. Die Situation für MenschenrechtsaktivistInnen und NGO-Mitarbeitende ist in der DRK zunehmend schwierig und sehr gefährlich. Todesdrohungen gegenüber MenschenrechtsaktivistInnen sind alltäglich und werden leider manchmal auch in die Tat umgesetzt.⁹⁷ So sind zahlreiche Fälle dokumentiert, in welchen MenschenrechtsaktivistInnen verhaftet, ohne Anklage festgehalten, gefoltert und in einigen Fällen auch ermordet wurden und zwar oftmals durch Angehörige der staatlichen Sicherheitsdienste.⁹⁸ Der bekannteste Fall der letzten Jahre ist wohl die Ermordung im Juni 2010 von Floribert Chebeya, dem prominenten ehemaligen Direktor der kongolesischen Nichtregierungsorganisation *Voix des Sans Voix*, nachdem dieser einer Vorladung vom Chef der Nationalpolizei, General John Numbi Banza Tambo, gefolgt war.⁹⁹ Ein Jahr später wurden fünf Polizisten für den Mord verurteilt, aber der mittlerweile zwar suspendierte Chef der Nationalpolizei wurde nicht behelligt, obschon es glaubwürdige Hinweise für seine Verantwortung in diesem Verbrechen gab.¹⁰⁰ Demgegenüber diffamiert die Regierung AktivistInnen, welche sich für die Menschenrechte einsetzen, öfters als Agenten von ausländischen Mächten, die Lügen über das Land verbreiteten.¹⁰¹

JournalistInnen. Nach dem Gesetz ist in der DRK die Rede- und Pressefreiheit garantiert. In der Realität aber werden diese Rechte von der Regierung zunehmend eingeschränkt. Im World Press Freedom Index 2010 nimmt die DRK Platz 148 von 178 Ländern ein und zwar mit sinkender Tendenz.¹⁰² In Kinshasa herrscht vordergründig zwar eine grosse Vielfalt von privaten Zeitungen, Radio- und TV-Stationen, aber aufgrund mangelnder Ausbildung und niedriger Löhne sind die Medien oftmals den Interessen wohlhabender Individuen oder auch Regierungsvertretern im Tausch für Geld und anderen Privilegien zu Diensten.¹⁰³ Investigative Medienschaffende, welche Korruption aufdecken, Angehörige von Armee oder der Regierungspartei kritisieren oder angeblich mit der Opposition sympathisieren, leben sehr gefährlich: Anonyme Todesdrohungen, Verhaftungen und Gerichtsverfahren sind für kongolesische JournalistInnen an der Tagesordnung.¹⁰⁴ Die Regierung schloss oder suspen-

⁹⁶ US Department of State, Democratic Republic of the Congo: Country Report on Human Rights Practices 2010, 8. April 2011, S. 2 ff.: www.state.gov/documents/organization/160453.pdf.

⁹⁷ Siehe hierzu beispielsweise die Auflistung von Amnesty International: Amnesty International, Democratic Republic of the Congo: Human rights defenders under attack in the Democratic Republic of Congo, 17. Februar 2010: www.unhcr.org/refworld/docid/4b7e69a02.html.

⁹⁸ Observatory for the Protection of Human Rights Defenders, Annual Report 2010: Democratic Republic of Congo, 13. September 2010, S. 33–43: www.fidh.org/IMG/pdf/2010/OBS2009UK-full.pdf.

⁹⁹ Floribert Chebeya wurde von seinem Kollegen Fidele Bazana zum Hauptsitz der PNC begleitet. Von diesem fehlt bis heute jede Spur. US Department of State, Democratic Republic of the Congo: Country Report on Human Rights Practices 2010, 8. April 2011, S. 66 f.

¹⁰⁰ World Organization Against Torture, Democratic Republic of the Congo, Report of the mission of judicial observation of the trial of the alleged murderers of human rights defenders Floribert Chebeya and Fidèle Bazana, 24. Juni 2011: www.omct.org/human-rights-defenders/reports-and-publications/congo-dem-republic/2011/06/d21312/.

¹⁰¹ Amnesty International, Democratic Republic of the Congo: Human rights concerns in the run up to Presidential election campaigns, 7. Februar 2011.

¹⁰² Reporters Without Borders, 2010 World Press Freedom Index, 20. Oktober 2010: <http://en.rsf.org/press-freedom-index-2010,1034.html>.

¹⁰³ US Department of State, Democratic Republic of the Congo: Country Report on Human Rights Practices 2010, 8. April 2011, S. 51.

¹⁰⁴ Die kongolesische Menschenrechtsorganisation *Journaliste en Danger* hat im Jahre 2010 insgesamt 87 Verletzungen der Pressefreiheit verzeichnet, beispielsweise die Ermordung von einem Journalisten, sieben Misshandlungen, inklusive Folter, 17 Einkerkierungen und 14 Behinderungen der

dierte darüber hinaus auch Radio- und Fernsehsender, die mit der Opposition in Verbindung standen oder über sie berichteten, wie beispielsweise Radio France Internationale (RFI).¹⁰⁵ Die Entwicklungen im Vorfeld der Wahlen 2011 weisen leider auf eine weitere Zunahme repressiver Massnahmen der Sicherheitskräfte gegenüber JournalistInnen hin.¹⁰⁶

Zwangsrekrutierte Individuen und Opfer des Menschenhandels. Die Zwangsrekrutierung von Männern, Frauen und Kindern durch bewaffnete Akteure sind auch heute noch gang und gäbe. Männer werden oftmals zu Zwangsarbeit in den Minen oder als Träger, Frauen als Hausangestellte und als Sexsklavinnen, Kinder als Kindersoldaten und als Sexsklaven rekrutiert.¹⁰⁷ In der DRK werden Männer, Frauen und Kinder auch unter Schuldknechtschaft in Minen ausgebeutet oder in informellen Bordellen zur Prostitution gezwungen. Frauen und Kinder werden von Menschenhändlern nach Angola, Südafrika, in den Nahen Osten und auch nach Europa geschleppt, wo sie als LandarbeiterInnen, Hausangestellte oder in der Zwangsprostitution ausgebeutet werden. Es sind auch Fälle von chinesischen Frauen und Mädchen in Kinshasa bekannt geworden, die in einer Karaoke-Bar zur Prostitution gezwungen worden waren.¹⁰⁸

Die Problematik der zwangsrekrutierten Kindersoldaten hat sich in den letzten Jahren unter anderem dank der Demobilisierung ehemaliger Rebellengruppen etwas verbessert. Dennoch verbleiben bei allen bewaffneten Akteuren – inklusive der nationalen Armee FARDC – mehrere tausend Kämpfer unter 18 Jahren, und es werden leider auch weiterhin Kinder rekrutiert. Auch wenn die Regierung der DRK damit begonnen hat, diese Probleme anzugehen, lässt sie doch einen echten Willen vermissen, wirksame Massnahmen auch in den eigenen Reihen, d.h. in erster Linie bei den FARDC, zu ergreifen.¹⁰⁹

Frauen und Mädchen. Die Lage für Frauen und Mädchen im Osten des Landes, insbesondere in den Provinzen Nord- und Süd-Kivu, ist nach wie vor prekär. In ländlichen Gebieten überfallen regelmässig Bewaffnete Dörfer und verschleppen dabei Frauen und Mädchen, die in den Lagern oft über Tage und Wochen grausam vergewaltigt und mit Gegenständen im Genitalbereich verletzt werden.¹¹⁰ Mädchen und Frauen müssen stets damit rechnen, bei der Feldarbeit vergewaltigt zu werden, weshalb sich viele kaum mehr trauen, ihre Dörfer überhaupt zu verlassen. Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen, aber auch gegen Männer ist in der DRK eine

Verbreitung von Information. Gegenüber 2009 stellte die Organisation eine Verschlechterung fest. *Journaliste en Danger*, Rapport Annuel 2010: L'Etat de la liberté de presse en RD Congo, 10. Dezember 2010: www.jed-afrique.org/fr/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=69&Itemid=52.

¹⁰⁵ US Department of State, Democratic Republic of the Congo: Country Report on Human Rights Practices 2010, 8. April 2011, S. 52.

¹⁰⁶ Siehe hierzu die fast täglichen Appelle von *Journaliste en Danger* der letzten Monate: www.jed-afrique.org/fr/index.php?option=com_content&task=view&id=996&Itemid=9.

¹⁰⁷ US Department of State, Democratic Republic of the Congo: Country Report on Human Rights Practices 2010, 8. April 2011, S. 84 f.

¹⁰⁸ US Department of State, Democratic Republic of the Congo: Trafficking in persons report, 14. Juni 2010: www.ecoi.net/local_link/140574/255054_de.html.

¹⁰⁹ Ebd.

¹¹⁰ UN Human Rights Council, Second Joint Report of Seven United Nations Experts on the Situation in the Democratic Republic of the Congo, 8. März 2010, S. 10 f.: www.unhcr.org/refworld/docid/4bc2ce662.html.

Kriegswaffe, die von allen bewaffneten Akteuren angewandt wird.¹¹¹ Verschiedene Berichte von Menschenrechtsorganisationen, aber auch der UNO kommen zum Schluss, dass ein beträchtlicher Teil der Übergriffe auf das Konto der FARDC gehen.¹¹² Mit wenigen Ausnahmen gehen die Täter straffrei aus. Sexuelle Gewalt ist nicht nur im Osten, sondern im ganzen Land verbreitet und wird nicht nur von den bewaffneten Akteuren, sondern auch von Polizeikräften und auch von Zivilpersonen in steigendem Masse begangen.¹¹³ Die Dunkelziffer vergewaltigter Frauen und Mädchen ist sehr hoch, da Opfer sich schämen, unter gesellschaftlichem Druck stehen und Angst vor sozialer Isolation haben. Vergewaltigung ist per Gesetz zwar verboten, aber dieses wird wie bei vielen anderen Verbrechen kaum angewandt. Es erstaunt deshalb nicht, dass aufgrund fehlenden Vertrauens in das Justizsystem und der Angst vor Repressalien die meisten Opfer schweigen.¹¹⁴

Kinder/Hexenkinder. Viele Kinder in der DRK leben unter äusserst prekären Verhältnissen und sind vielfach Opfer von Ausbeutung und Gewalt. Nach Schätzungen von UNICEF waren 2009 gegen 8,4 Millionen Kinder entweder Waisen oder lebten in prekären Verhältnissen. Die Anzahl der Strassenkinder wird in Kinshasa auf über 20'000 geschätzt. In der DRK leben Kinder nicht nur unter extrem prekären Verhältnissen, sondern sind oft auch von Gewalt, Prostitution und von Zwangsrekrutierungen betroffen.¹¹⁵ Die wirtschaftliche und soziale Misere in der DRK hat zu einem Boom von Sekten und selbst ernannten Predigern geführt, die mitverantwortlich dafür sind, dass Kinder zunehmend als «Hexenkinder» schwer misshandelt, zu «Geständnissen» gezwungen und teilweise getötet werden. Opfer dieser Anschuldigungen werden vor allem Kinder, welche in prekären Verhältnissen leben: Strassenkinder oder Kinder, die Waisen sind oder unter einer Behinderung leiden. In der DRK hat der Konflikt zu einer massiven Zunahme an Anschuldigungen von Hexerei gegenüber Kindern geführt.¹¹⁶

Angehörige ethnischer Minderheiten. Die Beziehungen zwischen den über 400 ethnischen Gruppen in der DRK sind nicht immer harmonisch, und es kommt immer wieder zu Diskriminierungen spezifischer ethnischer Gruppen in gewissen Städten und Regionen des Landes.¹¹⁷ So kommt es regelmässig zu Hassreden, ethnischen Aufwiegelungen und ethnisch aufgeladenen Gewaltakten, wie beispielsweise die Auseinandersetzungen Ende 2009 um Land- und Fischrechte zwischen den Eneyle

¹¹¹ International Alert, «War is not yet over»: Community Perceptions of Sexual Violence and its Underpinnings in Eastern DRC, November 2010: www.international-alert.org/sites/default/files/publications/1011WarIsNotYetOverEng.pdf.

¹¹² Human Rights Watch (HRW): Soldiers Who Rape, Commanders Who Condone, 17. Juli 2009: http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/F3F89BF74F66ECD1C12575F500359385-Full_Report.pdf.

¹¹³ Siehe hierzu den folgenden Bericht: UN Office of the High Commissioner for Human Rights, Report of the Panel on Remedies and Reparations for Victims of Sexual Violence in the Democratic Republic of Congo to the High Commissioner for Human Rights, 3. März 2011: http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/D5FDB2EDACC8B61985257848005C2F6B-Full_Report.pdf; UK Foreign and Commonwealth Office, Human Rights and Democracy: The 2010 Foreign & Commonwealth Office Report – Democratic Republic of the Congo, 31. März 2011: www.unhcr.org/refworld/docid/4d99aa84c.html.

¹¹⁴ US Department of State, Democratic Republic of the Congo: Country Report on Human Rights Practices 2010, 8. April 2011, S. 73 ff.

¹¹⁵ Ebd.

¹¹⁶ Siehe hierzu die ausführliche Studie vom UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge: UN High Commissioner for Refugees (UNHCR), Breaking the Spell: Responding to Witchcraft Accusations Against Children, 17. Januar 2011: www.unhcr.org/refworld/docid/4d8879542.html.

¹¹⁷ US Department of State, Democratic Republic of the Congo: Country Report on Human Rights Practices 2010, 8. April 2011, S. 81 f.

und Munzayas in der Provinz Equateur.¹¹⁸ Der bewaffnete Konflikt im Osten des Landes ist eng mit der ethnischen Frage der Tutsi und Hutu verbunden, so dass die Verfolgung aufgrund ethnischer Zugehörigkeit für Tutsi und Hutu in der DRK wohl weitergehen wird. In der DRK leben zwischen 200'000 und 500'000 Pygmäen, welche weder in den politischen Prozess einbezogen noch von der Regierung geschützt und seit Generationen gesellschaftlich diskriminiert werden. Pygmäen werden oft auch Opfer von Zwangsarbeit bis hin zu Sklaverei.¹¹⁹

6 Sozioökonomische Situation

6.1 Sozioökonomische Situation

Nach einer Periode der relativen wirtschaftlichen Stabilität in der unmittelbaren Post-Kolonialphase erlebte die DRK von 1974 an unter der Diktatur von Mobutu Sese Seko einen raschen wirtschaftlichen Niedergang. Der wirtschaftliche Niedergang konnte erst nach der Machtübernahme von Joseph Kabila im Jahre 2001 gestoppt und langsam wieder in eine Phase des wirtschaftlichen Wachstums umgewandelt werden.¹²⁰ Das Land hat sich trotz des immensen Ressourcenreichtums bis heute nicht vom wirtschaftlichen Zusammenbruch in den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erholen können und belegte im Jahre 2010 den zweitletzten Platz im Human Development Index (168. Platz von insgesamt 169 verglichenen Ländern).¹²¹

Die starke Zunahme der Weltmarktpreise für Rohstoffe, nicht zuletzt aufgrund des grossen Rohstoffhungers Chinas, hat zwar das Wirtschaftswachstum in der DRK in den letzten Jahren angeheizt.¹²² Doch das enorme wirtschaftliche Potenzial des Landes, das vor allem in Rohstoffen gründet, dient weiterhin nicht dem Wohl der Bevölkerung, sondern der Bereicherung einer kleinen politischen und wirtschaftlichen Elite, die sich längst mit den gegenwärtigen Strukturen des Landes arrangiert hat und daraus Profit schlägt. Fragile staatliche Strukturen und korrupte Funktionäre – oft unter Einbezug und dem Schutz von hohen Militärs – machen es, auch wenn es illegal ist, möglich, dass aus dem Osten weiterhin riesige Mengen an natürlichen Ressourcen in die umliegenden Länder geschmuggelt werden.¹²³

Die von Klientelismus geprägten Rekrutierungen im öffentlichen Dienst, die unter akutem Geldmangel leidenden Universitäten und die kaum vorhandene formale Pri-

¹¹⁸ Internal Displacement Monitoring Centre, Democratic Republic of the Congo: IDPs pay an unacceptable price, 21. Dezember 2010, S. 24.

¹¹⁹ US Department of State, Democratic Republic of the Congo: Country Report on Human Rights Practices 2010, 8. April 2011, S. 82.

¹²⁰ Während die DRK im Jahre 1975 ein Pro-Kopf-GDP von knapp 343 US-Dollar aufwies, lag dieser Wert beim Tiefpunkt im Jahre 2001 bei 81 US-Dollar. Siehe hierzu: Tony Gambino, Democratic Republic of the Congo, World Development Report 2011 – Background Case Study, World Bank 2011, S. 2 f.

¹²¹ Human Development index, Democratic Republic Congo, HDI 2010: http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Table1_reprint.pdf.

¹²² AfDB, African Economic Outlook 2011: Democratic Republic of Congo 2011, S. 3 ff.: www.africaneconomicoutlook.org.

¹²³ International Alert, The Role of Natural Resources in Fuelling and Prolonging Crises in the Eastern DRC.

vatwirtschaft bewirken, dass viele Studienabgänger selbst mit guten Zeugnissen keine Stelle finden. Umso mehr haben nicht oder nur wenig Gebildete kaum Chancen, einen Arbeitsplatz im formalen Sektor zu finden. Der informelle Sektor stellt denn auch für den Grossteil der kongolesischen Bevölkerung die einzige Möglichkeit dar, um das tägliche Überleben zu sichern.¹²⁴ Die ruralen Gebiete sind von Subsistenzwirtschaft geprägt, und selbst in den Städten bestellen viele Menschen aufgrund der verbreiteten Arbeitslosigkeit und den hohen Kosten für Grundnahrungsmittel ein eigenes Feld, um die Versorgung der Familie zu gewährleisten.¹²⁵

6.2 Anhaltende humanitäre Notlage im Osten

Während die humanitäre Situation im Westen des Landes zwar schwierig, aber trotzdem relativ stabil ist, bleibt die humanitäre Lage im Osten des Landes weiterhin dramatisch. So herrscht in der DRK noch heute eine der gravierendsten humanitären Krisen weltweit. Der humanitäre Kontext ist, wie bereits erläutert, geprägt durch fortdauernde, oft systematische Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung sowie eine unberechenbare allgemeine Sicherheitslage. Gravierend ist auch die Zunahme von sexueller Gewalt, die allen Konfliktparteien, auch den Sicherheitskräften der Regierung, vorgeworfen werden.¹²⁶ Verschärfend wirkt der Zusammenbruch der staatlichen Infrastruktur und besonders des Gesundheitssystems in weiten Teilen des Landes, so dass jeder zweite Todesfall auf unsauberes Trinkwasser, Mangel an Impfstoffen, Malaria oder Durchfallerkrankungen zurückgeht. Nach einer Studie sind in den zehn Jahren seit dem Ende des ersten Kongokrieges im Jahre 1998 in der DRK 5,4 Millionen Menschen an den Folgen des Krieges gestorben. Laut derselben Studie sterben in der DRK monatlich 45'000 Menschen, die Hälfte davon Kinder, an den Folgen des Konfliktes, der Gewalt, der Vertreibungen, an Hunger und an heilbaren Krankheiten.¹²⁷

Am stärksten unter der humanitären Krise zu leiden haben die IDPs, wovon im Mai 2011 noch immer gut 1,7 Millionen Menschen betroffen waren. In der Provinz Orientale sind in den Uélé-Distrikten und im Distrikt Ituri zur Zeit knapp 300'000 IDPs registriert. In den Provinzen Nord- und Süd-Kivu geraten die Menschen wiederholt zwischen die Fronten der bewaffneten Milizen und der FARDC. Die kontinuierlichen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung führen zu Mehrfachvertreibungen und Pendelbewegungen, die eine exakte Registrierung für die Behörden erschweren. Die Situation ist jedoch insbesondere in diesen Regionen dramatisch, da sich von den 1,7 Millio-

¹²⁴ Nach aktuellen Schätzungen liegt in der DRK die Arbeitslosigkeit bei 90 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung, und der informelle Sektor repräsentiert über 80 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes. African Bulletin, DRC: The Origins of the informal sector, 18. August 2010: www.african-bulletin.com/news/525-drc-the-origins-of-the-informal-sector-.html.

¹²⁵ World Food Programme (WFP), Executive Brief of Comprehensive Food Security and Vulnerability Analysis: 2007–2008, 26. August 2008: <http://documents.wfp.org/stellent/groups/public/documents/ena/wfp186366.pdf>.

¹²⁶ Siehe hierzu: International Alert, «War is not yet over»: Community Perceptions of Sexual Violence and its Underpinnings in Eastern DRC, November 2010; zu den Vergewaltigungen von Männern siehe beispielsweise: The Guardian, The Rape of Men, 19. Juli 2011: www.guardian.co.uk/society/2011/jul/17/the-rape-of-men.

¹²⁷ Die Studie von International Rescue Committee ist die erste Studie, welche versuchte, die schrecklichen Folgen des Konfliktes auf die Todesrate der Zivilbevölkerung systematisch zu erfassen. Die Studie ist nicht ganz unumstritten, gerade was die Berechnungsbasis angeht, aber sie zeigt doch erneut, wie gravierend der Konflikt in der DRK ist. International Rescue Committee (IRC), Mortality in the DR Congo, 22. Januar 2008: www.theirc.org/resources/2007/2006-7_congomortalitysurvey.pdf.

nen IDPs über 1,2 Millionen allein in diesen beiden Regionen aufhalten.¹²⁸ Trotz der in den letzten Monaten leicht verbesserten Situation bleibt die Zahl der IDPs im Osten des Kongos noch immer praktisch unverändert hoch. Akute Mangelernährung ist in der DRK weit verbreitet, betrifft aber gerade die IDPs in speziellem Masse.¹²⁹

Die humanitäre Lage ist weiterhin schwierig, und humanitäre Aktivitäten werden durch beschränkten Zugang, schlechte Strassenverhältnisse und die instabile Sicherheitslage erschwert beziehungsweise sind zum Teil ganz unmöglich geworden. Auch wenn sich der humanitäre Zugang in manchen Regionen verbessert hat, bleiben noch viele Gebiete im Landesinneren für Hilfe schwer zugänglich. Die Arbeit internationaler Hilfsorganisationen wird nicht nur durch die schwierige Sicherheitslage, sondern auch durch die riesigen Entfernungen und mangelnde Transportsysteme erschwert. Wegen der immer wieder aufflackernden Gewaltausbrüche sind die Hilfsorganisationen in unregelmässigen Abständen gezwungen, sich aus einzelnen Projektregionen zurückzuziehen. Immer wieder gibt es Berichte über Überfälle auf humanitäre Helfer, Fahrzeugkonfiszierungen und Behinderungen durch illegale Wegzölle.¹³⁰

6.3 Gesundheitsversorgung

Die Gesundheitsversorgung in der DRK ist angesichts des jahrzehntealten Niedergangs der staatlichen Infrastruktur, der Grösse des Landes und des noch immer andauernden Gewaltkonfliktes in vielen Regionen des Landes sehr beschränkt und oft faktisch inexistent. In grösseren Städten können Kranke Zugang zu ärztlicher Versorgung finden, allerdings nur, wenn sie über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen. In ländlichen Gebieten erreichen Kranke Gesundheitszentren und Spitäler oft erst, wenn es bereits zu spät ist. Und wenn diese es so weit geschafft haben, dann fehlen oft selbst die gebräuchlichsten Medikamente, oder die Medikamente sind unerschwinglich teuer für die Bevölkerung.¹³¹ Es erstaunt deshalb nicht, dass es

¹²⁸ UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), Democratic Republic of the Congo: Insecurity and Displacement (as of 26 May 2011).

¹²⁹ Health and Nutrition Tracking System, Democratic Republic of Congo: Analysis March 2011, 2. März 2011: http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Full_Report_282.pdf.

¹³⁰ Allein im Nord-Kivu wurden zwischen Januar und Anfang Dezember 2010 über 120 Sicherheitsvorfälle gegenüber humanitären Akteuren verzeichnet. UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), Province du Nord Kivu: Incidents Sécuritaires contre les Humanitaires – Début janvier au 09 Décembre 2010, 10. Dezember 2010: <http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/6AE86677CAAD21B0852577F900536D29-map.pdf>. In den ersten sechs Monaten 2011 kam es immer noch zu 57 Vorfällen, was auch zeigt, dass sich die Sicherheitssituation im Nord-Kivu nicht grundlegend verbessert hat. UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), Province du Nord Kivu: Incidents Sécuritaires contre les Humanitaires – Début janvier au 30 juin 2011, 4. Juli 2011: http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/map_537.pdf. Im Süd-Kivu wurden zwischen Januar und Juni 2011 insgesamt 35 Sicherheitsvorfälle gegenüber humanitären Akteuren verzeichnet. UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), Sud-Kivu: Incidents sécuritaires contre les humanitaires: Janvier – Juin 2011, 12. Juli 2011: http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/map_508.pdf. Siehe auch die etwas detailliertere Analyse zu den Vorfällen im Nord-Kivu in den Jahren 2008 und 2009: Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), Security Incidents Against Humanitarian Workers, North Kivu January 2008 – June 2009, August 2009: http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/9C12AE787F8D5B8C8525762D0073781A-Full_Report.pdf.

¹³¹ Zur Situation des Gesundheitssystems in der DRK siehe: Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH: RD Congo: consultations en cardiologie et traitement du cancer, 22. Dezember 2010: www.fluechtlingshilfe.ch/pays-d-origine/africa/congo-rd-kinshasa/rd-congo-consultations-en-cardiologie-et-traitement-du-cancer.

in der DRK regelmässig zu Epidemien kommt, die von der existierenden Gesundheitsinfrastruktur nur schwer unter Kontrolle gebracht werden können.¹³²

Die meisten sozialen Dienste in der DRK werden angesichts der miserablen staatlichen Infrastruktur von Kirchen, lokalen Nichtregierungsorganisationen und ihren ausländischen Partnern erbracht. Deren Reichweite ist jedoch sehr begrenzt und erreicht nur eine Minderheit der Bevölkerung. Dies betrifft umso mehr behinderte Menschen, welche höchstens in den grossen Städten auf eine gewisse Infrastruktur zurückgreifen können, aber oftmals auch nur, wenn die Familien für die Kosten aufkommen können.¹³³ Psychotherapien und spezifische psychiatrische Behandlungen nach westlicher Art sind in der DRK quasi nicht vorhanden. Es bieten jedoch verschiedene lokale Frauenorganisationen, die sich vor allem um traumatisierte Vergewaltigungsoffer kümmern, und Psychologen internationaler Organisationen in verschiedenen Teilen des Landes psycho-soziale Betreuung an. In der DRK suchen psychisch kranke Menschen in der Regel traditionelle Heiler oder Gebetsgruppen auf und eher selten einen Psychiater. Die in Westeuropa üblichen Medikamente zur Behandlung psychischer Leiden sind in der DRK kaum zu finden und wenn dann nur für hohe Summen. Eine stationäre Behandlung ist für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung angesichts der Tatsache, dass in der DRK Patienten und ihre Familien für die Kosten von Medikamenten, Behandlungen, Nahrung, Bettwäsche und Extrazahlungen an das Pflegepersonal selber aufkommen müssen, kaum möglich.¹³⁴

¹³² So zum Beispiel die Anfang Juni 2011 in den westlichen Departementen Bandundu, Equateur sowie Kinshasa ausgebrochene Cholera-Epidemie, welche bis Mitte Juli 2011 total 2627 Personen betraf und 177 Menschen das Leben kostete. OCHA, RD Congo – Epidémie de cholera (Situation au 25 juillet 2011), 25. Juli 2011: http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/map_679.pdf.

¹³³ Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, RD Congo: encadrement psycho-social et professionnel, 14. Dezember 2010: www.fluechtlingshilfe.ch/pays-d-origine/africa/congo-rd-kinshasa/rd-congo-encadrement-psycho-social-et-professionnel.

¹³⁴ Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, DRC: Psychiatrische Versorgung, 10. Juni 2009: www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender/africa/kongo-dr-kinshasa/dr-kongo-psychiatrische-versorgung.

7 Annex

7.1 Glossar

AFDL	Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo-Zaïre; Rebellen­gruppe von Laurent Kabila, welche Diktator Mobutu Sese Seko im ersten Kongokrieg (1996–1997) gestürzt hat.
AMP	Alliance pour la Majorité Présidentielle; 2006 gegründet zur Sicherung des Erfolges von Joseph Kabila bei den Präsidentschaftswahlen; 2011 in Majorité Présidentielle (MP) umgewandelt.
CENI	Commission Electorale Nationale Indépendante (unabhängige Wahlkommission)
CNDP	Congrès National pour la Défense du Peuple; politische Bewegung, von Laurent Nkunda 2006 gegründet.
CSAC	Conseil Supérieur de l’Audiovisuel et de la Communication; Medienrat, im Januar 2011 gegründet, um die Neutralität und den gleichberechtigten Zugang zu den Medien im Wahlkampf zu gewährleisten.
DTP	Dynamique Tshisekedi Président; Allianz von Etienne Tshisekedi, im Februar 2011 gegründet, um die Opposition hinter seiner Präsidentschaftskandidatur zu vereinen.
FARDC	Forces Armées de la République Démocratique du Congo; Regierungstruppen der DRK.
FDLR	Forces Démocratiques de Libération du Rwanda; Rebellen­gruppe, im Jahre 2000 von verschiedenen Hutu-Rebellenverbänden gegründet.
FPC	Front Patriotique Congolais; Nachfolgebewegung des CNDP, im Jahr 2008 nach dem Friedensschluss von Goma gegründet.
ICC	International Criminal Court (Internationaler Strafgerichtshof)
IDPs	Internally Displaced Persons (Intern Vertriebene)
MLC	Mouvement de Libération du Congo
MLP	Mouvement Lumumbiste Progressiste
MONUC	Mission de l’Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo; Ex-Mission der UNO in der DRK (bis Juni 2010).
MONUSCO	Mission de l’Organisation des Nations Unies pour la Stabilisation en République Démocratique du Congo; die MONUSCO hat die MONUC am 1. Juli 2010 auf der Grundlage der Resolution 1925 des UNO-Sicherheitsrates ersetzt.
MP	Majorité Présidentielle; neue, im März 2011 von Joseph Kabila für die Wahlen 2011 gegründete Allianz.
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights (UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge)

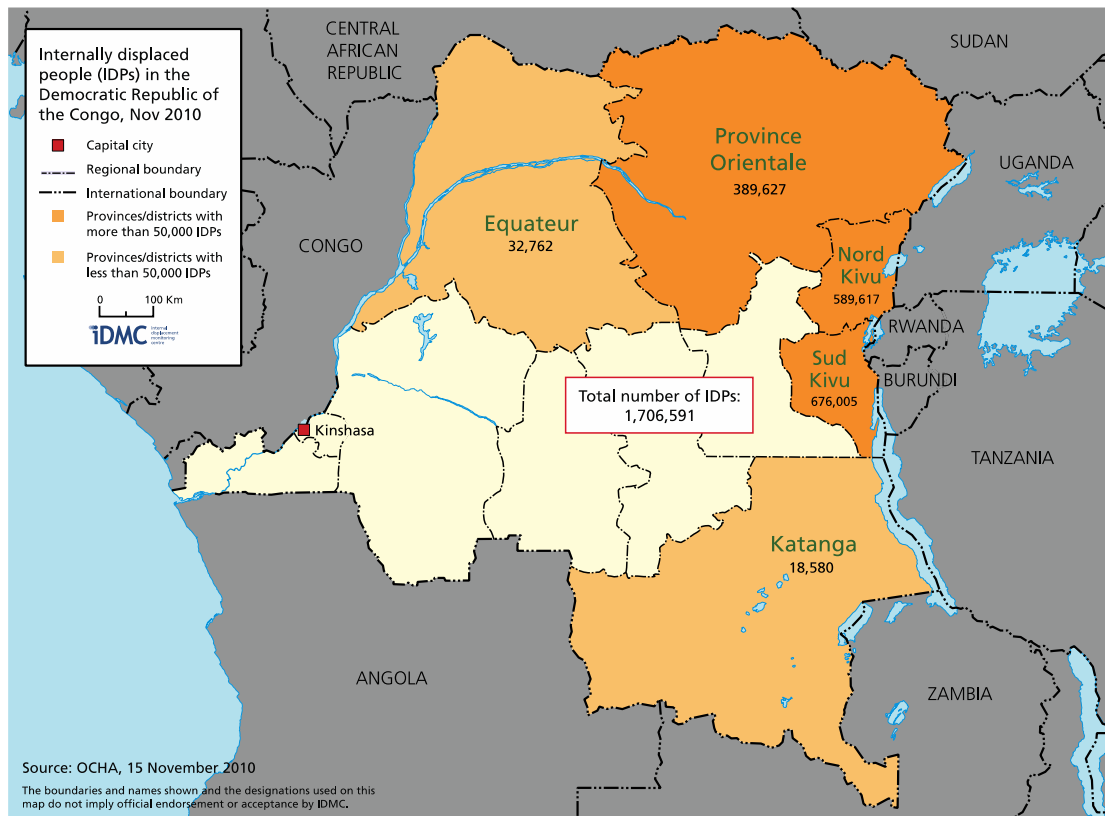
PALU	Parti Lumumbiste Unifié; 1964 gegründet und derzeit unter der Führung von Antoine Gizenga.
PNC	Police Nationale Congolaise
PPRD	Parti du Peuple pour la Reconstruction et la Démocratie; von Joseph Kabila im Jahr 2002 gegründet.
RCD	Rassemblement Congolais pour la Démocratie; ehemalige 1998 gegründete Rebellen­gruppe von Azarias Ruberwa, welche von Ruanda und Uganda unterstützt wurde.
UDPS	Union pour la Démocratie et le Progrès Social; 1982 von Etienne Tshisekedi gegründete historische Oppositionspartei
UNC	Union pour la Nation Congolaise; Partei von Vital Kamerhe
UNPOL	Zivile Polizei der UNO

7.2 Politische Karte DRK



Quelle: UN maps, Democratic Republic of the Congo, Juli 2011:
www.un.org/Depts/Cartographic/map/profile/drcongo.pdf

7.3 Verteilung von IDPs in DRK



Quelle: Internal Displacement Monitoring Centre, November 2010:
[www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/3549683372FC1AF2C12577EB0043A0CE/\\$file/DRC_IDMC_Nov2010.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/3549683372FC1AF2C12577EB0043A0CE/$file/DRC_IDMC_Nov2010.pdf).